

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 31. März 2015, RRB Nr. 2015/576



2016 – 2019

Inhaltsverzeichnis

	Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat	3
I.	Einleitung	12
1.	Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	12
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	12
3.	Zeitliche Koordination	12
4.	Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?	12
5.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2015 - 2018	12
6.	Planungsgrundlagen	13
7.	Massnahmenplan 2013	14
8.	Massnahmenplan 2014	14
9.	Zukunftsrisiken	14
II.	Finanzielle Übersichten	15
1.	Gesamtschau	15
2.	Ergebnisse	16
3.	Finanzkennzahlen	24
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2015 – 2018	26
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	29
III.	Verwaltungseinheiten	30
1.	Behörden und Staatskanzlei	30
2.	Bau – und Justizdepartement	33
3.	Departement für Bildung und Kultur	45
4.	Finanzdepartement	51
5.	Departement des Innern	58
6.	Volkswirtschaftsdepartement	71
7.	Gerichte	76

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016 – 2019

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 31. März 2015, RRB Nr. 2015/576

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Massnahmenpläne 2013 und 2014	7
1.2 Finanzplanvorgaben	7
1.3 Veränderungen gegenüber dem IAFP 2015 - 2018	8
1.4 Zukunftsrisiken.....	8
1.5 Gesetzliche Grundlagen	8
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	8
3. Rechtliches	8
4. Antrag.....	9
5. Beschlussesentwurf	11

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2016 – 2019

in Mio. Fr	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	-64.7	-7.3	-28.8	1.9	33.4	45.6
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	134.9	73.7	71.9	42.1	12.1	1.4
Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO			27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9
Finanzierungsfehlbetrag	152.1	138.4	146.1	112.2	84.0	68.0
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12. *	91.5	22.8	-71.4	354.1	322.8	302.1
Nettoverschuldung **	769.1	1'512.4	1'658.5	1'770.7	1'854.7	1'922.7
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	2'900	5'687	6'197	6'575	6'844	7'051
Selbstfinanzierungsgrad	-74%	-6%	-1%	21%	42%	52%

* Im frei verfügbaren Eigenkapital sind die Massnahme BJD_K17 'Breitere Verwendung der Erträge aus der Wasserwirtschaft' sowie die Folgen der Ausfinanzierung PKSO mitberücksichtigt. Hingegen ist die geplante neue Verkehrsfinanzierung nicht enthalten.

** inkl. Ausfinanzierung der PKSO (ab 1.1.15: + 605 Mio. Fr.)

Wie in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen (IAFP) der Vorjahre bereits aufgezeigt und mit dem Rechnungsabschlüssen 2013 und 2014 auch bestätigt, hat sich die Finanzlage seit dem Ende des Jahres 2011 tatsächlich drastisch verschlechtert. Um das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Fr. zu beseitigen, hat der Kantonsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 im November 2012 bzw. März 2014 verabschiedet. Die Verbesserungen von rund 30 Mio. Fr. (Massnahmenplan 2013) und rund 110 Mio. Fr. (Massnahmenplan 2014) bis ins Jahr 2018 sind im vorliegenden IAFP 2016 – 2019 enthalten.

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2015 – 2018 sind im neuen IAFP 2016 – 2019 folgende Mehraufwendungen und Mindererträge aufgrund von Volksentscheiden bzw. einem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB) dazugekommen:

- Ausfinanzierung der Pensionskasse Kanton Solothurn ohne Kostenbeteiligung der Gemeinden
- Neuer Finanz- und Lastenausgleich Kanton - Gemeinden (bereits im letztjährigen IAFP 2015 – 2018 abgebildet)
- Keine Änderung des Sozialgesetzes (Individuelle Prämienverbilligung, Ablehnung der Massnahme DdI_K19 durch das Volk, Mehraufwand von rund 7 Mio. Fr. p.a.)
- SNB-Entscheid zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses (keine SNB-Gewinnausschüttung im 2016, Minderertrag von 21,6 Mio. Fr. im 2016)

Gemäss den Finanzplanzahlen 2014 – 2019 können die Investitionen nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash Flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. In den Jahren 2013 – 2016 schliessen die Rechnungen mit einem Cash Drain ab, was bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Ausgaben vollständig aus den Erträgen finanziert werden können. Ab dem Finanzplanjahr 2017 kann erstmals wieder ein Cash Flow ausgewiesen werden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2016 – 2019 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Im Legislaturplan 2013-2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben.

Die finanzielle Situation des Kantons Solothurn hat sich ab 2012 merklich verschlechtert. Die Rechnung 2014 weist einen Aufwandüberschuss von 134,9 Mio. Fr. und der Voranschlag 2015 immer noch einen Aufwandüberschuss von 73,7 Mio. Fr. aus.

Das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Fr. konnte in den Folgejahren nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben aus dem ordentlichen Betrieb kompensiert werden. Deshalb verabschiedete der Regierungsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 mit strukturellen Einschnitten bei den Ausgaben und Leistungen sowie gezielten Massnahmen auf der Einnahmenseite.

1.1 Massnahmenpläne 2013 und 2014

Die vom Kantonsrat am 7. November 2012 genehmigten 33 Massnahmen des Massnahmenplans 2013 (SGB 055/2012) sind in der Umsetzung und im vorliegenden IAFP 2016 – 2019 entsprechend berücksichtigt.

Mit SGB 212/2014 hat der Kantonsrat am 26. März 2014 von den beschlossenen 62 Massnahmen in Kompetenz des Regierungsrates Kenntnis genommen. Am 9. Dezember 2013 hatte der Regierungsrat die Departemente bereits mit der Umsetzung dieser Massnahmen beauftragt (RRB Nr. 2013/2281). Die 27 Massnahmen in Kompetenz des Kantonsrates wurden durch das Parlament in der März-Session 2014 genehmigt. Die entsprechenden Detailvorlagen wurden dem Kantonsrat im Verlaufe des Jahres 2014 zum Entscheid vorgelegt. Allerdings hat das Solothurner Stimmvolk am 8. März 2015 die vom Kantonsrat vorgenommene Änderung des Sozialgesetzes bzw. die Senkung des Kantonsbeitrages von 80 auf 70 Prozent des Bundesbeitrages an die Prämienverbiligung im Rahmen einer Referendumsabstimmung abgelehnt. Mit einer Einsparung von rund 7 Mio. Fr. pro Jahr wäre dies eine der grössten Ausgabensenkungen im Massnahmenplan 2014 gewesen.

Die Verbesserungen von rund 30 Mio. Fr. (Massnahmenplan 2013) und noch rund 100 Mio. Fr. (Massnahmenplan 2014) bis ins Jahr 2018 sind im vorliegenden IAFP 2016 – 2019 enthalten.

1.2 Finanzplanvorgaben

Mit den Finanzplanvorentscheidungen I zum vorliegenden IAFP am 26. Januar 2015 (RBB Nr. 2014/137) wurden die Departemente beauftragt, für die Erfolgsrechnung Massnahmen zu entwickeln und realisieren, die es erlauben sollten, eine ausgeglichene Erfolgsrechnung in den Jahren 2017 und 2018 zu erreichen.

1.3 Veränderungen gegenüber dem IAFP 2015 - 2018

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2015 – 2018 sind im neuen IAFP 2016 – 2019 zusätzlich die jährlichen Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages für die Ausfinanzierung der Pensionskasse PKSO, die Mehrkosten aufgrund der Ablehnung der Änderung des Sozialgesetzes (keine Senkung des Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung) sowie der Minderertrag als Folge des Entscheides der Schweizerischen Nationalbank zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses (keine SNB-Gewinnausschüttung im 2016) enthalten.

1.4 Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2016 – 2019 sind weder Mindererträge aufgrund der Unternehmenssteuerreform III (ab 2018) und des NFA-Wirksamkeitsberichts (allfällige Reduktion der Dotation Ressourcenausgleich) noch Mehrkosten im Bereich Altlastenfonds ab 2016/2017 (allfällige Altlastensanierung „Stadtmist“ Solothurn und Kugelfänge bei Schiessanlagen) mitberücksichtigt.

1.5 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Roland Heim
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016 - 2019

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 31. März 2015 (RRB Nr. 2015/576), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2016 – 2019 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen / Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem

Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2014 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2013 - 2017.

1.4. Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf einen rechtskräftigen Erlass, Absichtserklärung, Finanzbeschluss, Vernehmlassungsvorlage oder verabschiedeten Beschlüssen basieren. Die finanzielle Ausprägung ist gemäss den genehmigten Beschlüssen darzustellen, insbesondere bei befristeten Geschäften.

Viele Projekte vom Parlament oder Regierung sind indessen noch nicht so weit gediehen. Somit werden nicht spruchreife kantonale Geschäfte in denen eine unzureichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht aufgeführt, wie bspw. die Altlastensanierungen „Stadtmist“ Solothurn und der Kugelfänge bei Schiessanlagen sowie die Unternehmenssteuerreform III (USR III).

Um der Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik trotzdem gerecht werden, sind die wesentlichsten Abgrenzungen der bundespolitischen und kantonalen Geschäfte auf dem aktuellen Stand transparent dargestellt.

1.5. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2015 – 2018

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2015 – 2018 sind im neuen IAFP 2016 – 2019 die folgenden zusätzlichen Mindererträge und Mehrbelastungen dazugekommen:

Gewinnausschüttung SNB

Die Aufhebung der Euro-Kurs-Untergrenze hat der Schweizerischen Nationalbank Wechselkursverluste von schätzungsweise 60 Mrd. Franken gebracht. Die Ausschüttungsreserve von voraussichtlich etwa 27 Mrd. Franken nach Verteilung des Gewinns von 2014 (38 Mrd. Franken) wird damit aufgebraucht. Noch sind es zwar nur Buchverluste, und noch ist es möglich, dass der nach Meinung der Experten überbewertete Franken im Verlaufe des Jahres wieder etwas an Wert verliert. Doch allgemein wird damit gerechnet, dass sich der Euro auf einem Niveau deutlich unter Fr. 1.20 einpendeln wird. Devisenkurse sind allerdings erfahrungsgemäss für Zeiträume von Monaten oder wenigen Jahren kaum prognostizierbar. Die geltende Ausschüt-

tungsvereinbarung läuft nach der Verteilung des Gewinns/Verlusts von 2015 sowieso aus. Dann werden Verhandlungen zu einer neuen Regelung fällig. Deshalb wird für das Jahr 2016 keine Gewinnausschüttung eingeplant. In den Jahren 2017 – 2019 wurde wieder der Betrag des Jahres 2013 (21,6 Mio. Fr.) eingestellt.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wird die angeschlagene Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ohne Kostenbeteiligung der Gemeinden ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind im IAFP 2016 – 2019 enthalten. Die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden sind entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten). Die erfolgswirksamen Zinskosten (jährlich 12 - 13 Mio. Franken) waren bereits im IAFP 2015 – 2018 enthalten.

Individuelle Prämienverbilligung

Der Kanton Solothurn musste im Jahr 2014 ein umfassendes Sparpaket schnüren. Davon betroffen war auch der Beitrag des Kantons für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung. Um das Kantonsbudget zu entlasten hat der Kantonsrat beschlossen, das Sozialgesetz zu ändern und ab dem Jahr 2015 nur noch einen Kantonsbeitrag 70% anstelle von 80% des Beitrags des Bundes zu gewähren. So sollten im Rahmen des Massnahmenplanes jährlich rund 7 Mio. Franken eingespart werden.

53 Prozent der Stimmberechtigten sprachen sich am 8. März 2015 im Rahmen einer Referendumsabstimmung gegen die vom Kantonsparlament vorgenommene Änderung des Sozialgesetzes aus, 47 Prozent waren dafür.

Neuer Finanz- und Lastenausgleich (FILA)

Am 30.11.2014 hat das Solothurner Volk dem neuen Finanz- und Lastenausgleich bei den Einwohnergemeinden und der Finanzierung der Volksschule mit Schülerpauschalen zugestimmt. Der Regierungsrat hat die Reform kürzlich per 1.01.2016 in Kraft gesetzt. Die Reform ist für den Kanton gesamthaft kostenneutral. Aufgrund der aktuell vorgesehenen Steuerungsgrössen erhöht sich der Staatsbeitrag im Finanz- und Lastenausgleich (Volkswirtschaftsdepartement) um 16 Mio. Franken im IAFP 2016-2019. Im Gegenzug dazu sinkt die Kostenbeteiligung des Kantons in Form der neuen Schülerpauschalen in gleicher Höhe im Departement für Bildung und Kultur.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Obwohl sich die Schweizer Wirtschaft im 1. Quartal 2015 wegen des grossen Währungsschocks (Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank am 15. Januar 2015) in einer ungewöhnlichen Situation befindet, wird zum jetzigen Zeitpunkt keine über mehrere Quartale hinweg rückläufige Wirtschaftstätigkeit mit deutlich stei-

gender Arbeitslosigkeit erwartet. Die Wirtschaftsprognosen für das BIP wurden allerdings deutlich nach unten korrigiert. Das BIP-Wachstum der Schweizer Wirtschaft wird 2015 voraussichtlich bei 0,9% und im Jahr 2016 bei 1,8% liegen. Die Aufhellung der Konjunkturprognosen im Euroraum und der gefestigte Aufschwung in den USA dürften dazu beitragen, die Wachstumsabschwächung zu begrenzen. Das seco rechnet für 2015 mit einer weiterhin leicht steigenden Arbeitslosenquote, die im Jahresdurchschnitt 2015 bei 3,3% und 2016 bei 3,4% liegen dürfte.

Teuerung

Neben den tiefen Erdölpreisen wird 2015 auch der starke Franken einen deutlichen Einfluss auf die Inflationsentwicklung haben. Dennoch rechnet das seco ab 2016 wieder mit einer positiven Inflation. Für das Gesamtjahr 2015 dürften die Konsumentenpreise um -0,1% sinken, für 2016 um +0,3% steigen. Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt. Der Regierungsrat hat beschlossen, die Löhne bis ins Jahr 2017 nicht zu erhöhen, sofern die Teuerungsentwicklung einen Wert von 0,5% pro Jahr nicht überschreitet (RRB Nr. 2014/494 vom 11. März 2014; Massnahmenplan 2014: RR_M1: Befristeter Verzicht auf Lohnrunden bis 2017). Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Vorschlages 2015 für alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'500 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2014.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan wird mit einem Steuerfuss für natürliche Personen (gemäss Massnahmenplan 2014: RR_M2: Anpassung Steuersatz natürlicher Personen) und für die juristischen Personen auf 104% gerechnet.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer leichten Erhöhung der Konjunktur aus. Es rechnet im Bereich der natürlichen Personen bei den Steuern mit einem jährlichen Wachstum von rund 1,5%. Bei den juristischen Personen dürfte sich die Frankenstärke eher negativ auf das Wachstum des Steuerertrags auswirken. Die Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Botschaft und Entwurf des Regierungsrates an den Kantonsrat von Solothurn vom 24. Februar 2015) hat keinen wesentlichen Einfluss auf den Steuerertrag und ist deshalb nicht berücksichtigt.

Unternehmenssteuerreform III (USR III)

In Ausarbeitung ist die „Unternehmenssteuerreform III“. Da deren Ausgestaltung zur Zeit offen ist, kann zurzeit keine verlässliche Aussage über die mittel- bis langfristige Entwicklung des Steuerertrags von juristischen Personen gemacht werden. Dasselbe gilt für die steuerlichen Konsequenzen aus dem geplanten Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem. Zur Zeit stehen die Einführung einer Lizenzbox bei den kantonalen Steuern, das Modell einer eingeschränkten

zinsbereinigten Gewinnsteuer, die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital und Massnahmen bei der kantonalen Kapitalsteuer sowie die Anpassung des Gewinnsteuersatzes auf 2019 zur Diskussion. Wir erwarten, dass die Steuereinnahmen JP ab Inkrafttreten der USR III (voraussichtlich 2019) deutlich zurückgehen.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2016 - 2019 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. Für die Jahre 2016 – 2019 basieren die Zahlen auf dem aktualisierten Schätzmodell der FkF (Fachgruppe für kantonale Finanzfragen) für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK (Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung). Zu beachten ist ferner, dass im Wirksamkeitsbericht zum NFA vom März 2014 eine Reduktion der Dotation des Ressourcenausgleichs vorgeschlagen wird. Zurzeit läuft die Diskussion im eidgenössischen Parlament.

KVG-Revision des Bundes

Mit RRB Nr. 2012/513 vom 6. März 2012 wurde der Kantonsanteil für das Jahr 2013 auf 51% festgesetzt. Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens 2 Prozentpunkte umfassen darf, ist der Kantonsanteil für 2016 auf 53% und für 2017 auf 55% festgesetzt worden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012). Dadurch resultieren 2016 rund 10 Mio. Franken, respektive ab 2017 rund 20 Mio. Franken jährliche Mehrkosten im Vergleich zu 2013.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 31. März 2015. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2014 (RRB Nr. 2015/576 vom 31. März

2015) und des Voranschlags 2015 (KRB Nr. 142/2014 vom 17. Dezember 2014.)

Legislaturplan

Im Legislaturplan 2013-2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben. Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2013 - 2017 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im Oktober 2013 verabschiedeten Legislaturplan (RRB Nr. 2013/1945).

1.7. Massnahmenplan 2013

Mit SGB 055/2012 hat der Kantonsrat am 7. November 2012 den Massnahmenplan 2013 mit einem Verbesserungspotenzial von maximal 30 Mio. Fr. genehmigt. Die Massnahmen sind in den Finanzplanjahren 2016 - 2019 berücksichtigt.

1.8. Massnahmenplan 2014

Mit SGB 212/2013 hat der Kantonsrat am 26. März 2014 den Massnahmenplan 2014 mit einem Verbesserungspotenzial von maximal 110 Mio. Fr. genehmigt. Die Massnahmen sind im vorliegenden IAFP 2016 – 2019 enthalten.

1.9. Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2016 – 2019 sind weder Mehrkosten im Bereich Altlastenfonds ab 2016/2017 (allfällige Altlastensanierung „Stadtmist“ Solothurn und Kugelfänge bei Schiessanlagen) noch Mindererträge aufgrund der Unternehmenssteuerreform III (voraussichtlich ab 2018) und des NFA-Wirksamkeitsberichts (allfällige Reduktion der Dotation Ressourcenausgleich der Geberkantone und des Bundes) mitberücksichtigt. Die finanziellen Auswirkungen der USR III sind derzeit noch ungewiss, dürften aber erheblich sein und auch den NFA-Ressourcenausgleich ab 2018 nachhaltig beeinflussen.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekten sind in den einzelnen Departementen im Kapitel 3 aufgelistet und werden hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen

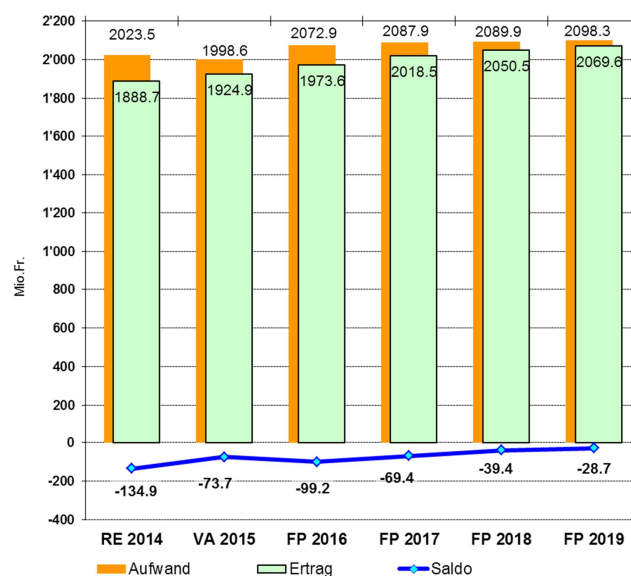
Die finanzielle Situation des Kantons Solothurn hat sich ab 2012 merklich verschlechtert. Die Rechnung 2014 weist einen Aufwandüberschuss von 134,9 Mio. Fr. und der Voranschlag 2015 immer noch einen Aufwandüberschuss von 73,7 Mio. Fr. aus.

Das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Fr. konnte in den Folgejahren nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben aus dem ordentlichen Betrieb kompensiert werden. Deshalb verabschiedete der Regierungsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 mit strukturellen Einschnitten bei den Ausgaben und Leistungen sowie gezielten Massnahmen auf der Einnahmenseite.

Nachdem der Kantonsrat in seiner März-Session 2014 dem Massnahmenplan 2014 zugestimmt hat, kann in der Planungsperiode mit einer merklichen Verbesserung der Finanzlage gerechnet werden.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes kann nach der vorliegenden Planung jedoch nicht ganz erreicht werden, weitere Anstrengungen werden in den nächsten Jahren notwendig sein. Das liegt einerseits daran, dass neue Belastungen in den IAFP 2016-19 aufgenommen werden mussten (jährliche Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages für die Ausfinanzierung der Pensionskasse PKSO) sowie Mehrkosten aufgrund der Ablehnung der Änderung des Sozialgesetzes (keine Senkung des Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung). Andererseits sind im Massnahmenplan 2014 auch Massnahmen enthalten, welche sich wohl auf die Erhaltung des freien Eigenkapitals, nicht aber auf die Erfolgsrechnung auswirken. Zudem umfasste das ursprüngliche Massnahmenpaket ein Verbesserungspotential von 150 Mio. Fr. von denen bis im Jahr 2018 schlussendlich rund 100 Mio. Fr. realisiert werden können.

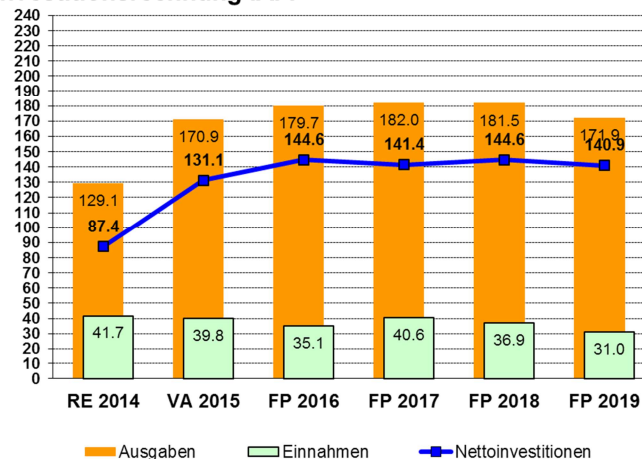
Erfolgsrechnung IAFP



Grossprojekte

Geprägt ist die Investitionsrechnung von den Grossprojekten im Hochbau (Neubauten Bürgerspital Solothurn und Berufsschule Solothurn sowie Sanierungen Kantonsschule Olten) und den Wasserschutzbauten (Hochwasserschutzmassnahmen Aare und Emme).

Investitionsrechnung IAFP



2.2. Ergebnisse

in Mio. Fr	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Erfolgsrechnung						
Total betrieblicher Aufwand	1'974.6	1'965.6	2'011.3	2'025.3	2'025.2	2'031.7
Total betrieblicher Ertrag	-1'848.9	-1'876.2	-1'922.4	-1'967.6	-1'999.6	-2'019.1
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	125.8	89.3	88.8	57.7	25.6	12.6
Finanz-Aufwand/Ertrag	-30.5	-15.7	-16.9	-15.6	-13.5	-11.2
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	95.3	73.7	71.9	42.1	12.1	1.4
Wertberichtigung Finanzvermögen	39.6					
Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO			27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7
Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	129.1	170.9	179.7	182.0	181.5	171.9
Total Einnahmen	-41.7	-39.8	-35.1	-40.6	-36.9	-31.0
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9
- Abschreibungen Verw.vermögen/Inv.beiträge	-70.2	-66.4	-70.5	-71.3	-72.7	-74.3
- Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO			-27.3	-27.3	-27.3	-27.3
+ Entnahme aus Eigenkapital	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7
Finanzierungsfehlbetrag	152.1	138.4	146.1	112.2	84.0	68.0
Frei verfügbares Eigenkapital						
Stand frei verfügbares EK per 01.01.	263.3	91.5	22.8	-71.4	354.1	322.8
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12. *	91.5	22.8	-71.4	354.1	322.8	302.1
Nettoverschuldung **						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	769.1	1'512.4	1'658.5	1'770.7	1'854.7	1'922.7
	2'900	5'687	6'197	6'575	6'844	7'051
Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	-74%	-6%	-1%	21%	42%	52%

* Im frei verfügbaren Eigenkapital sind die Massnahme BJD_K17 'Breitere Verwendung der Erträge aus der Wasserwirtschaft' sowie die Folgen der Ausfinanzierung PKSO mitberücksichtigt. Hingegen ist die geplante neue Verkehrsfinanzierung nicht enthalten.

** inkl. Ausfinanzierung der PKSO (ab 1.1.15: + 605 Mio. Fr.)

Die Zahlen im VA15 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2014 aktualisiert.

Frei verfügbares Eigenkapital

Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital beträgt das Eigenkapital per 31.12.2014 gesamthaft 687,8 Mio. Fr.. Das frei verfügbare Eigenkapital ist jedoch massgebend für die Defizitbremse. Dieses beläuft sich per Ende 2014 noch auf 91,5 Mio. Fr. und wird ohne zusätzliche Ergebnisverbesserungen Ende 2016 aufgebraucht sein. Ab diesem Zeitpunkt würde die Defizitbremse wirksam (§ 23 WoVG).

Mit der Inkraftsetzung des neuen Pensionskassengesetzes (auf den 1.1.2015) kann die bestehende Rückstellung für die Deckungslücke PKSO von 487 Mio. Fr. als Aufwertungsreserve weitergeführt und per 1.1.2017 in das frei verfügbare Eigenkapital überführt werden. Damit erhöht es sich im 2017 um diesen Betrag.

Nettoverschuldung

Die Höhe der Nettoverschuldung im 2014 ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und kantonale Schulen) an der Deckungslücke der kantonalen Pensionskasse (PKSO) (487 Mio. Fr. per 31.12.2014) und ab 2015 auf die Folgen der Ausfinanzierung der PKSO zurückzuführen (1'092 Mio. Fr. per 1.1.2015).

2.2.1. Erfolgsrechnung nach Departementen

in Mio. Fr.	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total alle Departemente						
Aufwand	2'023.5	1'998.6	2'072.9	2'087.9	2'089.9	2'098.3
Ertrag	-1'888.7	-1'924.9	-1'973.6	-2'018.5	-2'050.5	-2'069.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	18.7	19.2	19.3	19.2	19.1	19.2
Ertrag	-3.6	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3
Verrechnungen	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4
Saldo	6.7	7.6	7.6	7.5	7.4	7.5
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	250.2	250.1	250.4	255.0	253.5	252.3
Ertrag	-181.5	-180.1	-180.3	-180.2	-180.9	-180.7
Verrechnungen	-41.9	-40.8	-42.0	-42.0	-42.0	-42.0
Saldo	26.8	29.2	28.2	32.9	30.6	29.6
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	466.7	473.6	465.3	463.4	462.1	462.5
Ertrag	-59.3	-59.2	-59.6	-58.8	-58.1	-57.8
Verrechnungen	30.3	30.1	30.1	30.1	30.1	30.1
Saldo	437.7	444.5	435.8	434.7	434.2	434.9
4. Finanzdepartement						
Aufwand	168.0	144.8	164.0	165.9	169.0	172.1
Ertrag	-1'217.7	-1'257.4	-1'277.1	-1'321.7	-1'351.2	-1'368.4
Verrechnungen	21.2	19.1	19.1	19.3	19.6	19.6
Saldo	-1'028.5	-1'093.4	-1'094.1	-1'136.5	-1'162.6	-1'176.7
5. Departement des Innern						
Aufwand	897.6	880.1	904.0	912.8	912.7	917.2
Ertrag	-287.9	-279.4	-284.0	-283.6	-284.5	-285.2
Verrechnungen	0.6	1.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo	610.3	601.7	622.0	631.3	630.2	634.0
6. Volkswirtschaftsdepartementen						
Aufwand	198.4	206.9	246.0	247.7	249.6	251.2
Ertrag	-133.8	-140.4	-164.0	-165.7	-167.3	-168.9
Verrechnungen	-4.5	-4.0	-4.0	-4.2	-4.5	-4.5
Saldo	60.1	62.5	77.9	77.8	77.7	77.7
7. Gerichte						
Aufwand	24.0	23.8	23.9	23.9	23.9	23.9
Ertrag	-5.0	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Verrechnungen	2.8	2.9	3.2	3.2	3.2	3.2
Saldo	21.7	21.5	21.8	21.8	21.8	21.8

2.2.2. Investitionsrechnung nach Departementen

in Mio. Fr.	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total alle Departemente						
Ausgaben	129.1	170.9	179.7	182.0	181.5	171.9
Einnahmen	-41.7	-39.8	-35.1	-40.6	-36.9	-31.0
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	111.7	148.4	158.5	159.3	157.1	151.0
Einnahmen	-38.3	-34.3	-29.6	-35.0	-31.4	-25.5
Nettoinvestitionen	73.3	114.2	128.9	124.3	125.7	125.5
3. Bildung und Kultur						
Ausgaben	2.4	2.6	2.3	2.3	2.3	2.3
Einnahmen	-1.9	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.5	0.6	0.3	0.3	0.3	0.3
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	5.8	7.8	7.5	10.0	10.0	8.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.7	7.8	7.5	10.0	10.0	8.0
5. Departement des Innern						
Ausgaben	1.9	5.1	4.2	3.4	5.2	3.6
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.9	5.1	4.2	3.4	5.2	3.6
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	7.4	7.0	7.2	7.0	7.0	7.0
Einnahmen	-1.4	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
Nettoinvestitionen	5.9	3.5	3.7	3.5	3.5	3.5
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2.2.3. Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	160.7	163.6	151.2	150.7	150.4	150.3
Ertrag	-70.0	-70.6	-68.8	-68.7	-68.6	-68.6
Verrechnung	-69.4	-69.7	-69.7	-69.7	-69.7	-69.7
Saldo	21.2	23.3	12.7	12.4	12.1	11.9
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	207.4	204.4	210.1	210.5	210.7	213.8
Ertrag	-92.7	-85.3	-90.0	-89.9	-90.0	-90.0
Verrechnung	7.6	8.3	9.4	9.3	9.3	9.3
Saldo	122.2	127.3	129.6	129.9	130.0	133.0
2 Bildung						
Aufwand	462.0	469.9	461.5	459.5	458.1	458.5
Ertrag	-59.6	-59.8	-60.2	-59.4	-58.7	-58.4
Verrechnung	31.5	31.3	31.3	31.3	31.3	31.3
Saldo	433.9	441.4	432.6	431.4	430.7	431.4
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	15.9	14.9	15.1	15.2	15.3	15.3
Ertrag	-5.2	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Verrechnung	1.8	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	12.6	12.6	12.7	12.8	13.0	13.0
4 Gesundheit						
Aufwand	326.0	324.4	330.3	337.5	334.7	334.7
Ertrag	-1.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Verrechnung	1.4	1.2	1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo	325.5	320.6	326.6	333.7	330.9	330.9
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	438.3	423.9	438.0	439.5	441.1	442.7
Ertrag	-240.5	-233.6	-235.2	-234.9	-235.6	-236.3
Verrechnung	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo	200.2	192.9	205.5	207.3	208.2	209.0
6 Verkehr						
Aufwand	118.4	113.7	112.2	113.6	116.1	117.3
Ertrag	-21.5	-22.0	-20.3	-20.6	-21.4	-21.5
Verrechnung	-75.9	-75.0	-76.2	-76.0	-76.0	-76.0
Saldo	21.0	16.6	15.7	16.9	18.7	19.8
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	33.2	37.5	39.3	42.2	38.2	35.6
Ertrag	-27.5	-26.3	-27.0	-26.8	-27.0	-26.8
Verrechnung	1.8	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo	7.5	12.9	14.0	17.2	12.9	10.5
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	118.5	127.6	127.0	127.0	127.0	127.0
Ertrag	-102.5	-110.1	-109.5	-109.5	-109.5	-109.5
Verrechnung	3.1	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0
Saldo	19.1	20.6	20.5	20.5	20.5	20.5
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	143.2	118.7	188.2	192.2	198.2	203.2
Ertrag	-1'267.3	-1'308.1	-1'353.6	-1'399.7	-1'430.7	-1'449.4
Verrechnung	95.7	94.8	94.8	94.8	94.8	94.8
Saldo	-1'028.4	-1'094.5	-1'070.6	-1'112.7	-1'137.7	-1'151.4
Gesamttotal						
Aufwand	2'023.5	1'998.6	2'072.9	2'087.9	2'089.9	2'098.3
Ertrag	-1'888.7	-1'924.9	-1'973.6	-2'018.5	-2'050.5	-2'069.6
Saldo	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7

2.2.4. Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	8.7	19.0	16.9	20.5	23.6	14.1
Einnahmen	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	8.6	18.9	16.8	20.4	23.5	14.0
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	17.3	9.2	4.7	6.1	7.2	5.6
Einnahmen	-4.1	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	13.2	7.7	4.7	6.1	7.2	5.6
2 Bildung						
Ausgaben	21.6	25.3	32.1	22.0	20.4	22.8
Einnahmen	-10.4	-5.7	-5.9	-3.1	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	11.2	19.6	26.2	19.0	18.4	20.8
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	22.8	37.5	52.4	54.0	52.0	57.0
Einnahmen	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	22.6	37.5	52.4	54.0	52.0	57.0
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	46.3	61.5	50.1	50.1	50.1	50.1
Einnahmen	-23.0	-21.9	-15.7	-15.7	-15.7	-15.7
Nettoinvestitionen	23.3	39.5	34.4	34.4	34.4	34.4
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	5.1	11.5	16.5	22.4	21.4	15.3
Einnahmen	-2.5	-7.0	-9.9	-18.2	-15.6	-9.7
Nettoinvestitionen	2.6	4.4	6.6	4.2	5.8	5.6
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	7.1	6.7	6.7	6.7	6.7	6.7
Einnahmen	-1.4	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
Nettoinvestitionen	5.6	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.3	0.3	0.5	0.3	0.3	0.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.3	0.3	0.5	0.3	0.3	0.3
Gesamttotal						
Ausgaben	129.1	170.9	179.7	182.0	181.5	171.9
Einnahmen	-41.7	-39.8	-35.1	-40.6	-36.9	-31.0
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9

2.2.5. Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
3 Aufwand	2'023.5	1'998.6	2'072.9	2'087.9	2'089.9	2'098.3
30 Personalaufwand	436.3	446.2	449.0	449.2	449.2	448.9
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.3	7.6	7.6	7.6	7.6	7.6
301 Löhne des Verwaltungs-u. Betriebspersonal	268.9	275.7	277.7	278.6	279.7	280.6
302 Löhne der Lehrkräfte	80.9	80.7	81.2	81.1	80.1	79.2
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	71.3	72.8	73.2	72.5	72.4	72.1
306 Arbeitgeberleistungen	4.2	5.2	5.2	5.2	5.2	5.2
309 Übriger Personalaufwand	3.4	4.1	4.0	4.0	4.0	4.0
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	180.2	180.3	183.5	187.0	185.0	184.5
310 Material- und Warenaufwand	18.7	20.6	19.8	19.7	19.7	19.9
311 Nicht aktivierbare Anlagen	9.0	9.3	9.3	9.2	9.3	9.7
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	5.6	5.9	5.8	5.8	5.8	5.8
313 Dienstleistungen und Honorare	65.0	63.5	68.1	71.2	68.0	66.5
314 Baulicher Unterhalt	26.8	25.1	24.8	24.8	24.8	24.8
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	9.2	9.7	9.8	9.8	9.8	9.8
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	13.4	13.8	12.9	12.7	12.5	12.2
317 Spesenentschädigungen	3.8	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	21.9	21.5	23.6	24.6	25.6	26.6
319 Verschiedener Betriebsaufwand	6.8	6.9	5.4	5.2	5.4	5.2
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	55.7	58.1	60.0	60.9	62.3	63.7
330 Sachanlagen VV	55.7	58.1	60.0	60.9	62.3	63.7
34 Finanzaufwand	58.7	33.0	34.3	35.3	37.4	39.4
340 Zinsaufwand	10.7	26.1	28.6	29.6	31.6	33.6
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	2.9	1.0	0.8	0.8	0.8	0.8
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1.7	1.1	1.4	1.4	1.4	1.4
349 Verschiedener Finanzaufwand	3.8	4.9	3.6	3.6	3.6	3.6
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	13.8	0.6	1.2	1.4	1.3	1.2
350 Einlagen in Fonds u. SF im Fremdkapital	13.8	0.6	1.2	1.4	1.3	1.2
36 Transferaufwand	1'198.8	1'181.8	1'230.0	1'239.2	1'239.9	1'245.8
360 Ertragsanteile an Dritte	0.2	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	104.0	101.5	106.0	106.7	106.3	108.1
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordate	86.3	86.4	89.6	90.3	89.9	90.2
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	17.7	15.1	16.4	16.4	16.4	17.9
362 Finanz- und Lastenausgleich	40.6	40.8	78.8	80.6	82.6	84.4
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'039.6	1'031.0	1'034.4	1'041.3	1'040.3	1'042.5
3630 Beiträge an den Bund	9.7	10.0	10.3	10.3	10.3	10.3
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	8.6	9.3	9.3	9.0	9.1	9.0
3632 Beiträge an Gemeinden u. Zweckverb.	146.5	145.6	138.1	135.9	134.2	134.1
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	428.2	431.1	430.1	437.7	436.3	436.9
3635 Beiträge an private Unternehmungen	59.4	61.2	60.9	61.3	61.8	62.2
3636 Beiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	4.8	5.1	5.0	5.0	5.0	5.0
3637 Beiträge an private Haushalte	382.5	368.8	380.8	382.1	383.6	384.9
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	14.0	8.3	10.5	10.3	10.4	10.5
37 Durchlaufende Beiträge	79.9	98.5	98.3	98.3	98.3	98.3
370 Durchlaufende Beiträge	79.9	98.5	98.3	98.3	98.3	98.3
3701 Kantone und Konkordate	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.0	17.5	17.4	17.4	17.4	17.4
3705 Private Unternehmungen	0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
3707 Privat Haushalte	78.0	80.9	80.9	80.9	80.9	80.9
38 Ausserordentlicher Aufwand	0.0	0.0	27.3	27.3	27.3	27.3
383 Zusätzliche Abschreibungen	0.0	0.0	27.3	27.3	27.3	27.3

in Mio. Fr.	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
4 Ertrag	-1'888.7	-1'924.9	-1'973.6	-2'018.5	-2'050.5	-2'069.6
40 Fiskalertrag	-904.1	-922.0	-919.0	-926.2	-942.5	-952.5
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-636.2	-651.8	-658.8	-663.8	-676.8	-686.8
401 Direkte Steuern juristische Personen	-134.0	-131.5	-131.5	-133.7	-137.0	-137.0
402 übrige direkte Steuern	-64.0	-68.2	-58.2	-58.2	-58.2	-58.2
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-69.9	-70.5	-70.5	-70.5	-70.5	-70.5
41 Regalien und Konzessionen	-9.5	-9.1	-9.4	-31.0	-31.0	-31.0
410 Regalien	-2.1	-2.0	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
411 Schweizer Nationalbank	0.0	0.0	0.0	-21.6	-21.6	-21.6
412 Konzessionen	-7.4	-7.0	-7.4	-7.4	-7.4	-7.4
42 Entgelte	-164.8	-158.4	-162.9	-162.8	-163.0	-163.0
421 Gebühren für Amtshandlungen	-78.8	-78.5	-77.6	-77.7	-77.9	-77.9
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-10.9	-11.9	-13.6	-13.5	-13.5	-13.5
423 Schul- und Kursgelder	-3.1	-2.8	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.4	-12.5	-12.5	-12.5	-12.5	-12.5
425 Erlös aus Verkäufen	-7.5	-7.7	-7.7	-7.7	-7.7	-7.7
426 Rückerstattungen	-10.2	-9.6	-9.6	-9.5	-9.5	-9.5
427 Bussen	-36.9	-33.6	-35.4	-35.4	-35.4	-35.4
429 übrige Entgelte	-2.1	-1.8	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
43 Verschiedene Erträge	-3.7	-2.3	-16.2	-16.2	-16.1	-16.1
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-3.7	-2.3	-16.2	-16.2	-16.1	-16.1
44 Finanzertrag	-49.6	-48.7	-51.2	-50.9	-50.9	-50.5
440 Zinsertrag	-10.4	-8.8	-9.8	-9.6	-9.8	-9.6
441 Realisierte Gewinne FV	-0.4	0.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.8	-4.1	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet. des VV	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3
446 Finanzertrag von öffentl. Unternehmungen	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
447 Liegenschaftenertrag VV	-31.4	-32.2	-32.1	-32.1	-31.9	-31.7
45 Entnahme aus Fonds und SF	-1.8	-2.3	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
450 Entnahme aus Fonds und SF im FK	-1.8	-2.3	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
46 Transferertrag	-675.3	-683.6	-715.1	-731.7	-747.2	-756.7
460 Ertragsanteile	-100.6	-105.5	-104.4	-106.2	-109.5	-111.2
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-22.5	-22.4	-23.3	-22.8	-22.7	-22.5
4610 Entschädigungen vom Bund	-5.8	-6.2	-6.2	-6.1	-6.1	-6.1
4611 Entsch. von Kantonen und Konkordaten	-12.6	-12.2	-13.1	-12.7	-12.5	-12.4
4612 Entsch. von Gemeinden und Zweckverb.	-4.0	-3.9	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-215.6	-234.8	-267.5	-283.1	-294.8	-301.9
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-336.3	-320.7	-319.8	-319.4	-320.2	-321.0
4630 Beiträge vom Bund	-195.7	-197.3	-198.9	-198.6	-199.0	-199.7
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-6.2	-6.0	-5.7	-5.7	-5.7	-5.7
4632 Beiträge von Gemeinden	-133.0	-113.5	-111.1	-111.0	-111.5	-111.6
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-0.7	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
4637 Beiträge von privaten Haushalten	-0.3	-0.2	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
469 Verschiedener Transferertrag	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
47 Durchlaufende Beiträge	-79.9	-98.5	-98.3	-98.3	-98.3	-98.3
470 Durchlaufende Beiträge	-79.9	-98.5	-98.3	-98.3	-98.3	-98.3
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-79.2	-81.4	-81.3	-81.3	-81.3	-81.3
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.7	-17.1	-17.0	-17.0	-17.0	-17.0
Gesamttotal						
3 Aufwand	2'023.5	1'998.6	2'072.9	2'087.9	2'089.9	2'098.3
4 Ertrag	-1'888.7	-1'924.9	-1'973.6	-2'018.5	-2'050.5	-2'069.6
Saldo	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7

2.2.6. Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.		RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
5	Investitionsausgaben	129.1	170.9	179.7	182.0	181.5	171.9
50	Sachanlagen	107.3	153.4	168.8	171.2	170.8	161.1
501	Strassen	35.3	54.9	50.0	50.0	50.0	50.0
502	Wasserbau	3.6	9.9	15.2	21.0	20.0	13.9
504	Hochbauten	60.3	75.5	92.0	86.9	85.6	85.6
506	Mobilien	8.0	13.2	11.7	13.4	15.2	11.6
54	Darlehen	15.2	7.9	1.9	1.9	1.9	1.9
544	Öffentliche Unternehmungen	2.0	6.0	0.0	0.0	0.0	0.0
545	Private Unternehmungen	11.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
547	Private Haushalte	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
56	Eigene Investitionsbeiträge	3.9	4.3	4.0	3.8	3.8	3.8
560	Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.8	0.6	0.8	0.6	0.6	0.6
564	Öffentliche Unternehmungen	2.5	3.1	2.6	2.6	2.6	2.6
567	Private Haushalte	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	2.8	5.3	5.1	5.1	5.1	5.1
572	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.0	1.3	1.1	1.1	1.1	1.1
574	Öffentliche Unternehmungen	0.8	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
575	Private Unternehmungen	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
577	Privat Haushalte	0.6	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
6	Investitionseinnahmen	-87.4	-39.8	-35.1	-40.6	-36.9	-31.0
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-30.6	-32.0	-27.5	-33.0	-29.3	-23.4
630	Bund	-20.3	-12.2	-9.6	-11.2	-12.1	-7.2
631	Kantone und Konkordate	-1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-8.3	-19.1	-16.1	-16.5	-15.4	-16.1
634	Öffentliche Unternehmungen	-0.7	-0.6	-1.6	-4.6	-1.6	-0.1
635	Private Unternehmungen	0.0	0.0	-0.2	-0.6	-0.2	0.0
64	Rückzahlung von Darlehen	-8.2	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5
644	Öffentliche Unternehmungen	-6.2	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
645	Private Unternehmungen	-0.5	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
647	Private Haushalte	-1.6	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2.8	-5.3	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
670	Bund	-2.5	-4.8	-4.6	-4.6	-4.6	-4.6
671	Kantone	-0.4	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal							
5	Investitionsausgaben	129.1	170.9	179.7	182.0	181.5	171.9
6	Investitionseinnahmen	-41.7	-39.8	-35.1	-40.6	-36.9	-31.0
Nettoinvestitionen		87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9

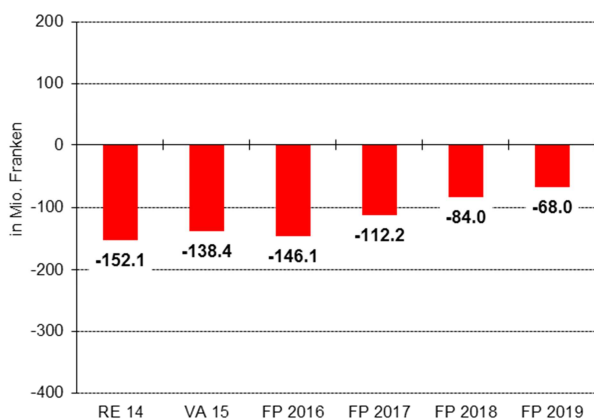
2.3. Finanzkennzahlen

in Mio. Fr	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	-64.7	-7.3	-28.8	1.9	33.4	45.6
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	134.9	73.7	71.9	42.1	12.1	1.4
Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO			27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	134.9	73.7	99.2	69.4	39.4	28.7
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9
Finanzierungsfehlbetrag	152.1	138.4	146.1	112.2	84.0	68.0
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12. *	91.5	22.8	-71.4	354.1	322.8	302.1
Nettoverschuldung **	769.1	1'512.4	1'658.5	1'770.7	1'854.7	1'922.7
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	2'900	5'687	6'197	6'575	6'844	7'051
Selbstfinanzierungsgrad	-74%	-6%	-1%	21%	42%	52%

* Im frei verfügbaren Eigenkapital sind die Massnahme BJD_K17 'Breitere Verwendung der Erträge aus der Wasserwirtschaft' sowie die Folgen der Ausfinanzierung PKSO mitberücksichtigt. Hingegen ist die geplante neue Verkehrsfinanzierung nicht enthalten.

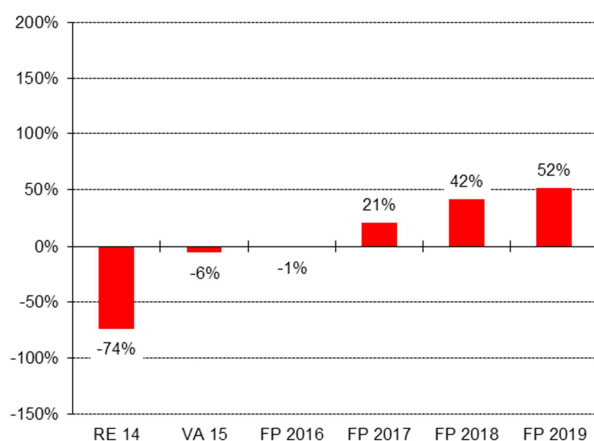
** inkl. Ausfinanzierung der PKSO (ab 1.1.15: + 605 Mio. Fr.)

Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag
(in Mio. Franken)



Aufgrund der fehlenden Gewinnausschüttung der SNB erreicht der Finanzierungsfehlbetrag im Planjahr 2016 wieder das Niveau des Jahres 2014. Mit der Umsetzung der beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 nimmt der Finanzierungsfehlbetrag anschliessend kontinuierlich ab.

Selbstfinanzierungsgrad



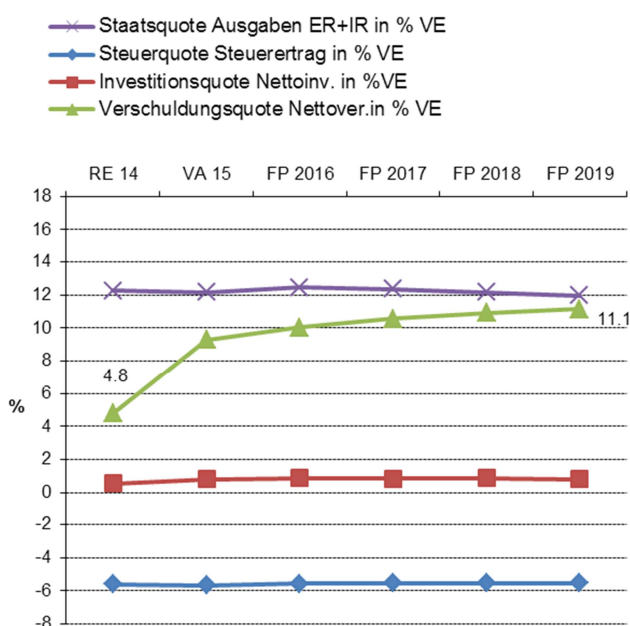
Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können die Investitionen wenigstens teilweise selbst finanziert werden. Bei einem negativen Selbstfinanzierungsgrad entsteht ein Cash loss. Der Selbstfinanzierungsgrad kann von minus 74% im Jahr 2014 auf plus 52% bis ins Jahr 2019 verbessert werden.

2.3.1. Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 14	VA 15	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	1.8%	0.9%	1.5%	1.5%	1.5%	1.5%
Volkseinkommen VE	16'118	16'263	16'507	16'754	17'006	17'261
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	12.2	12.2	12.4	12.3	12.2	12.0
Steuerertrag (Konto 40 inkl. MiZ-Steuer)	-904.1	-922.0	-919.0	-926.2	-942.5	-952.5
Steuerquote Steuerertrag in % VE	-5.6	-5.7	-5.6	-5.5	-5.5	-5.5
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	87.4	131.1	144.6	141.4	144.6	140.9
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	0.5	0.8	0.9	0.8	0.9	0.8
Nettoverschuldung	769.1	1'512.4	1'658.5	1'770.7	1'854.7	1'922.7
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	4.8	9.3	10.0	10.6	10.9	11.1

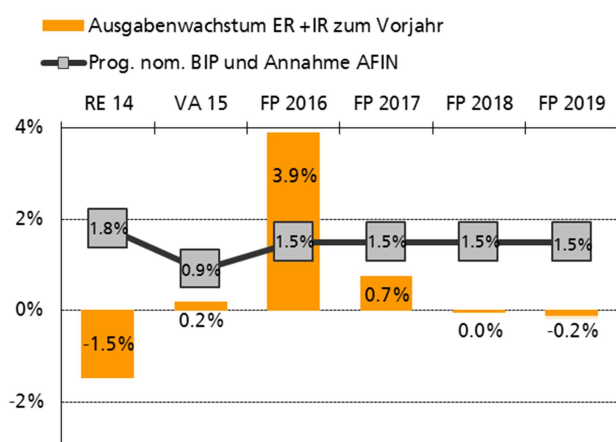
⁴ Basis Zahlen 2011 vom Bundesamt für Statistik + geschätzte Veränderungen des kant. Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr (seco).

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote bleiben in den Finanzplanjahren fast unverändert. Die Verschuldungsquote steigt von 4.8% im Jahr 2014 auf 11.1% im Jahr 2019.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Das BIP-Wachstum für 2014 betrug 1.8%. Für das Jahr 2015 prognostiziert das seco eine Abnahme auf 0.9%. Ab 2016 nehmen wir ein nominelles BIP von 1.5% an. In den Jahren 2015 bis 2019 ist das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP und führt dennoch zu einer weiteren Verschuldung.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2015 – 2018

2.4.1. Erfolgsrechnung

	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Total alle Departemente												
Aufwand	2'023.5	1'998.6	2'006.9	2'072.9	65.9	2'022.2	2'087.9	65.7	2'026.8	2'089.9	63.0	2'098.3
Ertrag	-1'888.7	-1'924.9	-1'942.4	-1'973.6	-31.2	-1'967.5	-2'018.5	-50.9	-1'991.0	-2'050.5	-59.5	-2'069.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	134.9	73.7	64.5	99.2	34.8	54.6	69.4	14.8	35.8	39.4	3.5	28.7

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr“ zu „FP 2016 bis 2019“ führen verschiedene Mehraufwendungen zu Verschlechterungen. Insbesondere die jährlichen Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages für die Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse und die Ablehnung der Änderung des Sozialgesetzes (keine Senkung des Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung) ergeben höhere Kosten. Zusätzlich kann im 2016 mit keiner Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank gerechnet werden.

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Aufwand	18.7	19.2	19.3	19.3	0.0	19.1	19.2	0.1	19.0	19.1	0.1	19.2
Ertrag	-3.6	-3.3	-3.2	-3.3	-0.1	-3.2	-3.3	-0.1	-3.2	-3.3	-0.1	-3.3
Verrechnungen	-8.4	-8.4	-8.6	-8.4	0.2	-8.6	-8.4	0.2	-8.6	-8.4	0.2	-8.4
Saldo	6.7	7.6	7.6	7.6	0.0	7.3	7.5	0.2	7.3	7.4	0.2	7.5

Keine wesentlichen Veränderungen. Der geringe Mehraufwand ist mit dem neu geplanten Ausbau der Personalressourcen im Datenschutz begründet (IT-Spezialist ca. 60 Stellenprozente); insbesondere im Zusammenhang mit den Vorabkontrollen der verschiedenen E-Government-Projekte werden vermehrt technische Aspekte zu prüfen sein.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Aufwand	250.2	250.1	254.4	250.4	-4.0	255.0	255.0	0.0	253.6	253.5	-0.1	252.3
Ertrag	-181.5	-180.1	-181.1	-180.3	0.8	-182.5	-180.2	2.3	-182.1	-180.9	1.2	-180.7
Verrechnungen	-41.9	-40.8	-42.6	-42.0	0.6	-42.6	-42.0	0.7	-42.6	-42.0	0.7	-42.0
Saldo	26.8	29.2	30.7	28.2	-2.5	29.9	32.9	3.0	28.8	30.6	1.8	29.6

2016 ist der Minderaufwand von 4,0 Mio. Fr. hauptsächlich begründet durch die insgesamt tieferen Beiträge und Abschreibungen von Investitionsbeiträgen an öffentliche Unternehmen (ÖV/FABI). Unvermeidbare Mehraufwendungen werden kompensiert mit weiteren Einsparungen. Die Mehreinnahmen aus den Motorfahrzeugsteuern können die Mindereinnahmen aus Gemeindebeiträgen (ÖV) nicht vollständig ausgleichen. Bei den internen Verrechnungen sind die Zuweisungen an den Strassenbaufonds leicht tiefer zu planen.

In 2017 und 2018 werden die tieferen Beiträge für den öffentlichen Verkehr durch den Mehraufwand der Sanierung von Altlasten leicht übertroffen. Auf der Einnahmenseite fallen die tieferen Gemeindebeiträge an den ÖV am stärksten ins Gewicht. Die geplanten Mindereinnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen werden grösstenteils kompensiert durch Mehreinnahmen aus den Konzessionen für die Wasserkraft. Bei den internen Verrechnungen sind die Zuweisungen an den Strassenbaufonds leicht tiefer zu planen.

3. Bildung und Kultur	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Aufwand	466.7	473.6	475.7	465.3	-10.3	474.6	463.4	-11.2	474.1	462.1	-12.0	462.5
Ertrag	-59.3	-59.2	-57.1	-59.6	-2.6	-56.2	-58.8	-2.6	-56.0	-58.1	-2.0	-57.8
Verrechnungen	30.3	30.1	30.3	30.1	-0.2	30.3	30.1	-0.2	30.3	30.1	-0.2	30.1
Saldo	437.7	444.5	448.9	435.8	-13.1	448.7	434.7	-14.0	448.4	434.2	-14.2	434.9

Die Minderaufwände sind hauptsächlich eine Folge von: Inkrafttreten des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG) mit Einführung der Schülerpauschale sowie Aktualisierung der Planwerte im Bereich Volksschule u.a. als Folge der Umsetzung der Massnahmenpläne 2013 und 2014.

Die Mehrerträge entstehen durch höhere Erträge bei den Mittelschulen (höhere Erträge von Ausserkantonalen und höhere Beiträge von Gemeinden an die Sek P infolge Tarifierpassung RSA) und dem Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (Tarifierpassung in der Interkantonalen Vereinbarung über höhere Fachschulen, HFSV) sowie bei den Schulgeldern (höhere Beiträge der Gemeinden an die Sek P infolge Tarifierpassung RSA).

4. Finanzdepartement	RE 2014	VA 2015	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2019
			FP 2016	FP 2016		FP 2017	FP 2017		FP 2018	FP 2018		
Aufwand	168.0	144.8	151.7	164.0	12.2	157.5	165.9	8.4	164.3	169.0	4.7	172.1
Ertrag	-1'217.7	-1'257.4	-1'292.9	-1'277.1	15.7	-1'316.2	-1'321.7	-5.5	-1'332.9	-1'351.2	-18.3	-1'368.4
Verrechnungen	21.2	19.1	20.9	19.1	-1.8	19.4	19.3	-0.1	13.5	19.6	6.1	19.6
Saldo	-1'028.5	-1'093.4	-1'120.2	-1'094.1	26.1	-1'139.3	-1'136.5	2.7	-1'155.1	-1'162.6	-7.5	-1'176.7

Die Pensionskasse wird für 1,1 Mrd. Fr. ohne Kostenbeteiligung der Gemeinden ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Fr. sind im IAFP 2016 – 2019 enthalten. Die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG und der Schulgemeinden sind entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an den Ausfinanzierungskosten). Die erfolgswirksamen Zinskosten (jährlich 12 - 13 Mio. Fr.) waren bereits im IAFP 2015 – 2018 enthalten.

2016 ist der Minderertrag vorwiegend auf tiefere Erträge bei den Kantonalen Steuern und bei der Direkten Bundessteuer zurückzuführen. Im Weiteren geht man im neuen Finanzplan davon aus, dass die SNB 2016 auf eine Auszahlung eines Gewinnanteils verzichten wird. Für 2017 und 2018 ist der Mehrertrag einerseits auf höhere Erträge beim NFA und die jährlichen AG-Beiträge an die PKSO-Ausfinanzierung zurückzuführen.

5. Departement des Innern	RE 2014	VA 2015	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2019
			FP 2016	FP 2016		FP 2017	FP 2017		FP 2018	FP 2018		
Aufwand	897.6	880.1	876.2	904.0	27.8	888.1	912.8	24.7	888.2	912.7	24.5	917.2
Ertrag	-287.9	-279.4	-264.7	-284.0	-19.3	-265.9	-283.6	-17.7	-267.5	-284.5	-16.9	-285.2
Verrechnungen	0.6	1.0	0.6	2.0	1.4	0.6	2.0	1.4	0.6	2.0	1.4	2.0
Saldo	610.3	601.7	612.1	622.0	9.9	622.7	631.3	8.5	621.2	630.2	9.0	634.0

Der Grund für den Mehraufwand von 9,9 Mio. Fr. zwischen dem FP 2016 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegt in den Bereichen Soziale Sicherheit (7,6 Mio. Fr.; davon Mehrkosten aufgrund Entscheid Volksabstimmung hinsichtlich Prämienverbilligung 7,0 Mio. Fr.), öffentliche Sicherheit (Erhöhung Taggelder im Justizvollzug, 2,0 Mio. Fr.).

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2014	VA 2015	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2019
			FP 2016	FP 2016		FP 2017	FP 2017		FP 2018	FP 2018		
Aufwand	198.4	206.9	205.7	246.0	40.3	203.9	247.7	43.8	203.7	249.6	45.9	251.2
Ertrag	-133.8	-140.4	-138.3	-164.0	-25.7	-138.2	-165.7	-27.4	-143.9	-167.3	-23.4	-168.9
Verrechnungen	-4.5	-4.0	-4.0	-4.0	0.0	-2.5	-4.2	-1.7	3.4	-4.5	-7.9	-4.5
Saldo	60.1	62.5	63.4	77.9	14.6	63.2	77.8	14.6	63.2	77.7	14.6	77.7

Der um 14,6 Mio. Fr. höhere Saldo ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Verrechnungen der Schülerpauschalen mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich (+16 Mio. Fr.). Die Steigerung von Aufwand und Ertrag ist ebenfalls auf den neuen Finanz- und Lastenausgleich zurückzuführen.

7. Gerichte	RE 2014	VA 2015	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2019
			FP 2016	FP 2016		FP 2017	FP 2017		FP 2018	FP 2018		
Aufwand	24.0	23.8	23.9	23.9	-0.1	23.9	23.9	-0.1	23.9	23.9	-0.1	23.9
Ertrag	-5.0	-5.3	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3
Verrechnungen	2.8	2.9	3.4	3.2	-0.2	3.4	3.2	-0.2	3.4	3.2	-0.2	3.2
Saldo	21.7	21.5	22.0	21.8	-0.3	22.0	21.8	-0.3	22.0	21.8	-0.3	21.8

Es ergeben sich keine wesentlichen Differenzen.

2.4.2. Investitionsrechnung

	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Total alle Departemente												
Ausgaben	129.1	170.9	189.0	179.7	-9.2	209.1	182.0	-27.1	214.3	181.5	-32.8	171.9
Einnahmen	-41.7	-39.8	-41.1	-35.1	6.0	-53.7	-40.6	13.2	-48.7	-36.9	11.8	-31.0
Nettoinvestitionen	87.4	131.1	147.8	144.6	-3.2	155.4	141.4	-13.9	165.6	144.6	-20.9	140.9

Die Veränderungen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres sind in den Details des Bau- und Justizdepartementes, des Finanzdepartementes und des Departementes des Inneren erläutert.

Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Ausgaben	111.7	148.4	165.4	158.5	-6.9	187.6	159.3	-28.3	189.3	157.1	-32.2	151.0
Einnahmen	-38.3	-34.3	-35.5	-29.6	5.9	-48.0	-35.0	13.0	-43.1	-31.4	11.7	-25.5
Nettoinvestitionen	73.3	114.2	130.0	128.9	-1.0	139.5	124.3	-15.2	146.2	125.7	-20.5	125.5

Bedingt durch die Verschiebungen (inkl. Projektverzögerungen) aus den Jahren 2012 bis 2014 sowie den aktualisierten Planungen im Hoch-, Tief-, und Wasserbau und den Investitionsbeiträgen für den öffentlichen Verkehr, müssen die Mehrausgaben bei den Spital- und Bildungsbauten durch die Reduktion der ursprünglich geplanten Investitionen im Kantonsstrassenbau ausgeglichen werden. Mit den aktualisierten Planungen wird die Plafonierung der Nettoinvestition auf jährlich 125 Mio. Fr. über die nächsten vier Jahre erreicht.

3. Bildung und Kultur	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Ausgaben	2.4	2.6	2.3	2.3	0.0	2.3	2.3	0.0	2.3	2.3	0.0	2.3
Einnahmen	-1.9	-2.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.5	0.6	0.3	0.3	0.0	0.3	0.3	0.0	0.3	0.3	0.0	0.3

Es ergeben sich keine Abweichungen.

4. Finanzdepartement	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Ausgaben	5.8	7.8	8.0	7.5	-0.5	8.0	10.0	2.0	8.0	10.0	2.0	8.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.7	7.8	8.0	7.5	-0.5	8.0	10.0	2.0	8.0	10.0	2.0	8.0

Der um 2,0 Mio. Fr. erhöhte Investitionsbedarf in den Jahren 2017 und 2018 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den End of Life Zyklus erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Insbesondere sind in den beiden Jahren grössere Beträge für die neue Fachanwendung des Steueramtes enthalten.

5. Departement des Innern	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Ausgaben	1.9	5.1	5.4	4.2	-1.3	3.5	3.4	-0.1	7.0	5.2	-1.8	3.6
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.9	5.1	5.4	4.2	-1.3	3.5	3.4	-0.1	7.0	5.2	-1.8	3.6

Die Nettoinvestitionen im DdI betreffen nur die Kantonspolizei. Der Grund für die Ausgabenminderung von 1.3 Mio. Franken zwischen dem FP 2016 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegt hauptsächlich in der Sistierung des Projektes IRAGSO und dessen Teilprojekte.

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2014	VA 2015	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	Vorjahr FP 2018	FP 2018	Diff.	FP 2019
Ausgaben	7.4	7.0	7.8	7.2	-0.6	7.8	7.0	-0.8	7.8	7.0	-0.8	7.0
Einnahmen	-1.4	-3.5	-3.7	-3.5	0.2	-3.7	-3.5	0.2	-3.7	-3.5	0.2	-3.5
Nettoinvestitionen	5.9	3.5	4.1	3.7	-0.4	4.1	3.5	-0.6	4.1	3.5	-0.6	3.5

Mit Massnahmenplan 2014 wurde auf eine Weiterführung der Neuen Regionalpolitik (-0.7 Mio. Fr.) verzichtet.

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

- 1. hoch: Kanton Solothurn**, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
- 2. neutral: Spezialfinanzierungen** stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
- 3. geteilt: Kooperationen** mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
- 4. niedrig: Dritte** (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.

Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrössen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrössen** zuzuweisen.

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der der Handlungsautonomie aufteilt.

Aufwand RE 2014 – 35% hoch beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2014 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass nur gerade 35% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert wird (27% GB Kanton + 8% FG Kanton).

Ertrag Rechnung 2014 – 60% hoch beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig, verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung, veränderbar sind (48% FG Kanton + 12% GB Kanton).

Betrachtet man die grössten Veränderungen (Diff.), fällt auf, dass die grösste prozentuelle Verschiebung bei den Erträgen der Finanzgrössen Richtung Dritte Bund und Gemeinden entsteht.

Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kantons Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 35%-40% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen können. Der Kanton kann jedoch einen deutlich höheren Anteil (60%) der Erträge direkt bestimmen.

Wesentliche Veränderungen RE 2014 zu FP 2019

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

Finanzgrössen	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.
Aufwand	8%	9%	1%	3%	4%	1%	11%	10%	-1%	37%	37%	0%
Ertrag	48%	47%	-1%	5%	6%	1%	2%	2%	0%	27%	30%	2%
Globalbudgets	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.
	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.	RE 14	FP 19	Diff.
Aufwand	27%	27%	0%	1%	1%	0%	11%	10%	-1%	2%	1%	0%
Ertrag	12%	11%	-1%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		
Aufwand RE 14	35%			4%			22%			38%		
Ertrag RE 14	61%			6%			4%			29%		

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit.

Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

Der Staatskanzlei obliegt zudem die administrative Verantwortung für die Finanzen der kantonalen Behörden Regierungs- und Kantonsrat (Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets).

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

- 1.7.2 Ausbau des E-Government gezielt fördern
- 1.7.3 Umgang mit digitalen Dokumenten regeln und elektronische Archivierung sicherstellen

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Kosten der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Im Staatsarchiv erfolgt zur Sicherstellung der rechtskonformen Umsetzung des Archivgesetzes eine sukzessive Verstärkung der personellen Ressourcen in den Jahren 2014-2016; die damit verbundenen Mehrkosten sollen durch geplante Einsparungen gemäss Massnahmenplan 2014 bei Porti und Drucksachen bis 2018 kompensiert werden können. Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) wird auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung gewährleistet; der Staatskanzlei obliegt dabei die Koordinationsfunktion für die Umsetzung der vom Regierungsrat im Februar 2012 verabschiedeten E-Government-Strategie des Kantons Solothurn. Zudem soll das bisher erfolgreich auf Auslandschweizer ausgerichtete Pilotprojekt E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – mit erweitertem Elektorat weitergeführt werden. Zur Sicherstellung einer effizienten Abwicklung aller Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte ist die Ablösung der bisherigen Geschäftskontrolle Konsul/Kondor bis März 2015 von grosser strategischer Wichtigkeit. Ein weiteres Projekt mit grosser Aussenwirkung stellt die Neugestaltung der Kantons-Website www.so.ch dar, welche im Januar 2015 erfolgreich aufgeschaltet worden ist.

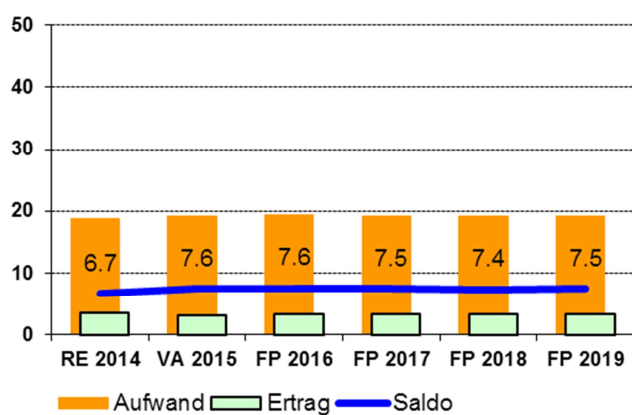
1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

1444 Elektronische Archivierung					Ziel LP	B 1.7.3
Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	2. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Staatskanzlei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009			
2941	Konzept	31. Dez 2015		Die Anstellung eines Archivinformatikers ist auf 1.4.2015 vorgesehen.		

1432	Realisierung E-Voting	Ziel LP	-
	Möglichkeit zur einfachen Partizipation an Wahlen und Abstimmungen für Auslandschweizer schaffen, im zweiten Schritt Erweiterung auf alle Stimmberechtigten	Beschluss	A191/2010
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009
Amt	Staatskanzlei	Soll-Termin	31. Dez 2012
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
474	Zusammenarbeitsverträge	30. Jun 2009	30. Jun 2009
475	1. Phase für Auslandschweizer	31. Dez 2012	28. Nov 2010
5093	Stimmregister Datentransfer	31. Dez 2013	31. Dez 2013
5094	Erweitertes E-Voting System 2. Generation	31. Dez 2014	31. Dez 2014
5636	NR-Wahlen mit E-Voting	18. Okt 2015	
5095	2. Phase Inlandschweizer für Pilotgemeinden	28. Feb 2016	
5125	Geschäftskontrolle GeverFutura	Ziel LP	-
	Ersatz der veralteten GEVER-Systeme Konsul, Ambassador und Kondor.	Beschluss	SGB 065/2013
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2011
Amt	Staatskanzlei	Soll-Termin	31. Dez 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5096	Analyse und Evaluation	31. Dez 2012	31. Dez 2012
5097	Migration Regierungs- und Parlamentsprozesse	31. Okt 2014	31. Dez 2014
5098	Migration übrige Prozesse	31. Mai 2015	
5126	Digitale Mikrofilmstelle	Ziel LP	-
	Beschaffung und Inbetriebnahme einer digitalen Mehrzweck-Mikrofilmstelle im Staatsarchiv	Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013
Amt	Staatskanzlei	Soll-Termin	31. Dez 2013
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5099	Evaluation	31. Jul 2014	28. Okt 2014
5100	Beschaffung und Einführung	1. Mrz 2015	
5127	Relaunch Web so.ch	Ziel LP	-
	Aufbau einer neuen Website so.ch	Beschluss	RRB 2012/1677
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jul 2012
Amt	Staatskanzlei	Soll-Termin	30. Jun 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5101	Konzeptentwicklung	31. Jul 2013	31. Jul 2013
5102	Technische Realisation	30. Sep 2014	30. Nov 2014
5103	Rollout neue Website	31. Jan 2015	21. Jan 2015

Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	13.2	13.9	14.0	13.9	13.9	13.9
Ertrag	-2.9	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Globalbudgetsaldo	10.3	11.0	11.1	10.9	10.9	10.9
Verrechnung	-6.4	-6.2	-6.2	-6.2	-6.2	-6.2
Saldo	3.9	4.7	4.8	4.7	4.6	4.7
Finanzgrössen						
Aufwand	5.5	5.3	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	-0.7	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-2.1	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2
Saldo	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
Saldo total	6.7	7.6	7.6	7.5	7.4	7.5



Eine geringe Aufwandsteigerung bei den Globalbudgets ab 2015 ist auf den geplanten Ausbau der Personalressourcen im Staatsarchiv und beim Datenschutz zurückzuführen. Dem stehen Minderaufwände in gleicher Grössenordnung aus dem Massnahmenplan 2014 gegenüber.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen. Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften. Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1 Gleichgewicht des Finanzhaushaltes wieder herstellen

1.1.1 Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen

1.6. Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.6.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr optimieren

1.6.2 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.1.1 Siedlungsstrategie weiterentwickeln

2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

2.2.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern

2.2.2 Ergänzung der Hubraumbesteuerung um ökologische Anreize

2.3 Gefahrenpotentiale vermindern

2.3.1 Siedlungs- und Kulturräume von Naturgefahren schützen

2.3.2 Altlasten systematisch sanieren

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden. Die Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs mit kostenneutralen Optimierungen sowie mit einer verstärkten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das ÖV-Angebot wird angestrebt. Das Ziel soll insbesondere mit der Umsetzung der vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme erreicht werden.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben. Die Verkehrsplanung soll vermehrt regional und übergeordnet koordiniert erfolgen (vor allem im Gäu, im Niederamt und im Wasseramt). Die fortgeschrittenen Planungen und Projekte werden weitergeführt und nach Möglichkeit abgeschlossen (insbesondere die Verkehrslösung Klus, sowie der Anschluss H 18 Dornach).

Die Siedlungsentwicklung soll gestützt auf das revidierte Raumplanungsgesetz und den neuen kantonalen Richtplan an geeigneten Standorten und nach innen erfolgen und dem Kulturlandverlust Einhalt gebieten. Massnahmen: Siedlungen nach innen verdichten, Verfügbarkeit von Bauland erhöhen, unverbaute und naturnahe Landschaftsräume erhalten.

Als Kompensation des Verlustes von Kultur- und Naturraum sollen vermehrt naturnahe Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Massnahmen erfolgen namentlich im Rahmen des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft, der verstärkten Ökologisierung der Landwirtschaft, der Bewilligung von Grossprojekten (Ersatzmassnahmen), in der nächsten Generation der Ortsplanungen sowie mit gezielten Revitalisierungsprojekten von Gewässern gemäss Revitalisierungsplanung nach der Gewässerschutzgesetzgebung

Die Finanzierung der Strasseninfrastruktur muss mit Blick auf die künftigen Herausforderungen überprüft werden.

Jahrhundertbauwerke wie die Flussverbauungen an Aare und Emme müssen erneuert werden. Lokale Engpässe bei den anderen Fliessgewässern sind nach Prioritäten zu beseitigen. Als Grundlage dienen die Gefahrenkarten der Gemeinden.

Gefahren für Umwelt und Menschen aufgrund der nicht fachgerechten Abfallentsorgung in der Vergangenheit müssen weiter gebannt werden. Belastete Standorte und Altlasten sind nach Prioritäten zu sanieren (insgesamt ca. 200 Standorte in der Legislaturperiode). Die technischen Untersuchungen und Sanierungsprojekte sind zu genehmigen und zu begleiten.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

5234	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision					Ziel LP	B.2.1.1
	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision					Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	25. Feb 2014	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5803	Umsetzung Solaranlagen	31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt 2014			
5805	B+E Planungsausgleichsgesetz (Vernehmlassungsvorlage)	31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt			
5649	Stossrichtung Baulandverflüssigung	31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt			
5806	B+E Planungsausgleichsgesetz	31. Dez 2015					
5807	B+E Revision PBG Baulandverflüssigung (Vernehmlassungsvorlage)	31. Dez 2015					
5808	Stossrichtungen möglicher Regelungen zum Ausgleich von Vor- und Nachteilen der Gemeinden im Zug der Umsetzung des revidierten RPG	31. Dez 2015					
5235	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes, GENUB						
	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes und von Bodenschätzen, GENUB					Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2012	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5651	B+E z. Hd. KR	31. Dez 2015		Neuer Termin: 31.12.2015			
1172	RADAV					Ziel LP	.
	Fertigstellung Dezember 2014					Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	31. Dez 2014
Amt	Amt für Geoinformation						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
2983	Vollendung RADAV	31. Dez 2014	31. Dez 2014				

5386	Neue Finanzierungsformen Verkehr prüfen				Ziel LP	B.1.1.1
Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	6. Mai 2016	
Amt	Departementssekretariat BJD					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5652	Bericht an Regierung, Variantenentscheid	31. Dez 2014	15. Feb 2015			
5653	RRB Mitwirkungsvorlage	31. Dez 2015				
5654	B+E z. Hd. KR	6. Mai 2016				

1180	Agglomerationsprogramme 1. Generation (Solothurn, Basel und Aareland)				Ziel LP	C.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (1. Generation)				Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	
Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
372	Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten	31. Dez 2009	31. Dez 2009			
484	Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftsreife bringen.	31. Dez 2010	31. Dez 2010			
780	Plangenehmigung für die neuen Bahnhaltstellen Solothurn Brühl Ost und Bellach Grederhof	31. Aug 2012	28. Jun 2012	Solothurn Allmend; Bellach Grederhof: 22. Jan 2013; Eröffnung Ende 2013 auf Fahrplanwechsel 2014		

1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation				Ziel LP	C.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (2. Generation)				Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2014	
Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
485	Amtsinterner Entwurf	31. Mai 2012	25. Mai 2012			
486	Einreichung beim Bund	30. Jun 2012	30. Jun 2012			
487	Abschluss Leistungsvereinbarung	31. Dez 2014	18. Feb 2015	RRB Nr. 2015/268 vom 24. Februar 2015		

5387	Agglomerationsprogramme 3. Generation				Ziel LP	B.2.1.1
Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (3. Generation)						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	30. Jun 2016	
Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5780	Massnahmen Entwickeln	30. Jun 2015				
5783	Vernehmlassung	31. Dez 2015				
5784	RRB	31. Mrz 2016				
5785	Einreichung beim Bund	30. Jun 2016				

1184	Deponieplanung					Ziel LP	.
	Deponieplanung					Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2016		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
541	Richtplananpassung		31. Dez 2008	31. Dez 2008	erfolgt		
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
5087	Richtplananpassung unterer Kantonsteil		30. Jun 2014		Beschwerde vom KR gutgeheissen; weiteres Vorgehen wird nach Abschluss Abfallplanung festgelegt (Ende 2015)		
770	Richtplananpassung Schwarzbubenland		31. Dez 2015		Zwei Standorte im Kanton BL werden weiterverfolgt		

1204	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt					Ziel LP	C.2.1.1
	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt					Beschluss	.
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015	Ist-Termin	24. Sep 2014
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5827	Entwurf Siedlungsstrategie	24. Sep 2014	24. Sep 2014				

1202	Richtplangesamtüberprüfung					Ziel LP	C.2.1.1
	Richtplanüberprüfung (RRB, B+E)					Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung	31. Dez 2010	31. Dez 2010				
772	Verwaltungsinternen Entwurf	30. Nov 2012	31. Mai 2012				
383	RRB, B+E, SGB	31. Dez 2012	18. Dez 2012				
773	Anhörung Behörden	31. Mai 2013	31. Mai 2013	Anhörung Gemeinden bis 31.05.2013 / 2. Anhörung zur Siedlungsstrategie der Gemeinden abgeschlossen; in KR am 10.03.2015			
5394	Öffentliche Auflage	24. Aug 2015					
5088	Richtplan Gesamtüberprüfung	31. Dez 2016					

5130	Neubau Justizvollzugsanstalt "im Schache"					Beschluss	KRB 4.3.09
	Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2011	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
328	RRB B+E	31. Dez 2008	31. Dez 2008				
329	Volksbeschluss	31. Dez 2009	27. Sep 2009				
751	RRB B+E Zusatzkredit	31. Mrz 2011	22. Mrz 2011				
330	Realisierung Neubau	30. Jun 2014	30. Jun 2014	Am 1. Juli 2014 in Betrieb genommen			
752	Fertigstellung Umbauten	31. Dez 2014	31. Dez 2014				

1149	Neubau Bürgerspital Solothurn					Ziel LP	C.3.3.3
	Sanierung Bürgerspital Solothurn					Beschluss	KRB 20.3.12
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2023		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
348	Wettbewerb durchgeführt	31. Dez 2008	31. Dez 2008				
351	Vorprojekt	31. Dez 2009	30. Sep 2010				
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)	31. Dez 2010	31. Dez 2011				
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung	31. Dez 2011	31. Dez 2011				
755	Volksabstimmung	17. Jun 2012	17. Jun 2012				
350	Fertigstellung	31. Dez 2023					

1133	Sanierung Kantonsschule Olten					Ziel LP	C.1.1.2
	Sanierung Kantonsschule Olten					Beschluss	KRB 5.12.12
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2022		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1247	RRB / B+E		31. Dez 2012	22. Okt 2012			
749	Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten		31. Dez 2022				

2969	Umbau Museum Altes Zeughaus					Ziel LP	C.3.5.1
	Umbau Museum Altes Zeughaus					Beschluss	KRB 7.5.13
	Status	In Arbeit	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
762	Wettbewerb	31. Dez 2011		31. Dez 2011			
763	RRB B+E	31. Dez 2012		29. Jan 2013			
764	Fertigstellung	31. Dez 2015					

5239	Heilpädagogische Sonderschulen - Übernahme Immobilien					Ziel LP	,
	Übernahme Immobilien Heilpädagogische Sonderschulen					Beschluss	KRB 28.8.13
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jul 2013	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin 31. Dez 2014
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5822	Fertigstellung	31. Dez 2014		31. Dez 2014			

5238	Neubau Untersuchungsgefängnis					Ziel LP	C.3.4.2
	Neubau Untersuchungsgefängnis (RRB, B+E)					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5823	Baubeginn	1. Jan 2022					

5385	Neubau SVKZ Anteil KAPO						
	.						
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2019	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5824	Baubeginn	1. Jan 2018					

1155	Olten Entlastung Region					Ziel LP	C.1.6.2
	Entlastung Region Olten, Fertigstellung					Beschluss	2TK.00342 / KRB
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2018	
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
356	Baubeginn	31. Dez 2008		31. Aug 2008			
357	Inbetriebnahme	31. Dez 2013		24. Apr 2013			
358	Bauabrechnung	31. Dez 2018					

5420	Erneuerung SBB Überführung Aarmatt					Ziel LP	C.1.6
	Erneuerung						
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016	
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung		
	Baubeginn	30. Mrz 2015					
	Inbetriebnahme	30. Nov 2015					
	Bauabrechnung	31. Mai 2016					

5428	Zuchwil Luzernstrasse, Kreisel McDonald's				Ziel LP	C.1.6
Verkehrsmanagement						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2019	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5818	Baubeginn	1. Jan 2017				

5150	Riedholz Sanierung Wilihofbrücke				Ziel LP	C.1.6
Sanierung					Beschluss	3TK.01077
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5659	Baubeginn	1. Mrz 2014				
5660	Inbetriebnahme	30. Nov 2015				

5157	Kienberg Saalstrasse Los 1						
Gesamtsanierung Saalstrasse Kienberg inkl. Kunstbauten Phase I						Beschluss	3TK.01075
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5400	Baubeginn	17. Mrz 2014	17. Mrz 2014				
5401	Inbetriebnahme	31. Dez 2016					
5403	Bauabrechnung	31. Mai 2017					

5145	Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung 1. Phase						
	Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung 1. Phase					Beschluss	3TK.01076
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2019		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5404	Vorarbeiten	1. Jun 2015		Steinschlagschutz			
5821	Baubeginn	1. Mrz 2016					
5406	Inbetriebnahme	31. Dez 2018					
5414	Baukostenabrechnung	31. Mai 2019					

5148	Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenberg-Wöschnau						
Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenberg-Wöschnau						Beschluss	3TK.01146
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	31. Dez 2016		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5411	Baubeginn	1. Aug 2015	30. Mrz 2015				
5412	Inbetriebnahme	30. Nov 2015					
5413	Bauabrechnung	31. Mai 2016					

5426	Olten Bahnhofplatz				Ziel LP	C.1.6
Masterplan Bahnhof erstellen						
Status	In Arbeit		Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2023
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5814	Vorprojekt	1. Mrz 2016				
5816	Bauprojekt	31. Dez 2018				
5815	Inbetriebnahme	1. Mrz 2023				

5421	Derendingen Sanierung Hauptstrasse					Ziel LP	C.1.6
Sanierung							
Status		In Arbeit	Start-Datum	1. Mrz 2017	Soll-Termin	31. Dez 2021	
Amt		Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
	Baubeginn		1. Mrz 2018				
5423	Dornach Umfahrung					Ziel LP	C.1.6
Umfahrung							
Status		In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	1. Jan 2025	
Amt		Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5809	Vorprojekt		1. Jan 2018				
5425	Solothurn Sanierung Stadtmist					Ziel LP	C.2.3.2
Sanierung							
Status		In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2022	
Amt		Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5810	Optimale Sanierungsvariante		30. Jun 2015				
5811	Vorprojekt		30. Jun 2016				
5813	Realisierungsbeginn		1. Jan 2019				
1520	Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan)					Ziel LP	C.1.6.3
Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan)						Beschluss	.
Status		In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2023	
Amt		Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
508	Planerische Vorabklärungen		30. Jun 2010				
511	Mitwirkungsverfahren		1. Jun 2015				
510	Bauprojekt		1. Jun 2016				
5820	Öffentliches Planungs- und Genehmigungsverfahren		1. Jun 2017				
513	Finanzierungsvorlage		1. Jun 2019				
5819	Ausführungsprojekt		1. Jun 2020				
5155	Vorgezogene Hochwasserschutzdämme Aare					Ziel LP	C.2.3.1
Vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare						Beschluss	KRB 10.12.2008
Status		In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015	
Amt		Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1505	Planung Dammbauten 1. Priorität		30. Jun 2012	30. Jun 2012			
2978	Realisierung Dammbauten 1. Priorität		31. Dez 2015		Die Arbeiten an den Teilstücken Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd sind abgeschlossen. Die Teilstücke Dulliken, Obergösgen und Däniken werden bis Ende 2015 realisiert.		

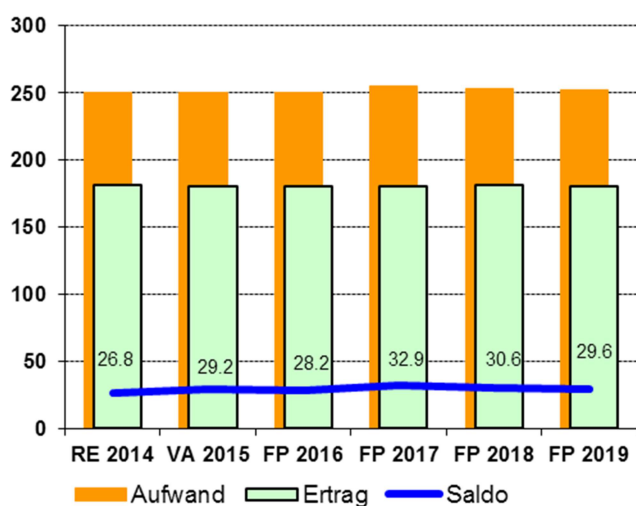
5156	Hochwasserschutz und Revitalisierung Aare	Ziel LP	C.2.3.1
	Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau	Beschluss	VB 09.06.2013
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009
Amt	Amt für Umwelt	Soll-Termin	31. Dez 2019
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2012	31. Dez 2012
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	9. Jun 2013	9. Jun 2013
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2019	
			<i>Mit leichter Verzögerung auf Kurs</i>
5152	HWS und Revit. Emme, Biberist-Gerlafingen	Ziel LP	C.2.3.1
	Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme Biberist-Gerlafingen	Beschluss	VB 07.03.2010
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009
Amt	Amt für Umwelt	Soll-Termin	30. Jun 2013
		Ist-Termin	31. Dez 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1502	Planung Biberist / Gerlafingen	31. Okt 2010	31. Okt 2010
493	Realisierung Biberist / Gerlafingen	30. Jun 2013	30. Jun 2013
5655	Nacharbeiten und Abschluss Bauabrechnung	30. Jun 2015	
			<i>Letzte Nacharbeiten zusammen mit Kanton Bern im 1. Semester 2015</i>
5153	Planung HWS und Revit. Emme ab Wehr Biberist	Ziel LP	C.2.3.1
	Vorprojekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung	Beschluss	KRB 03.11.2010
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009
Amt	Amt für Umwelt	Soll-Termin	28. Feb 2016
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
494	Planung Wehr Biberist - Aare	30. Jun 2015	
5092	Volksabstimmung Wehr Biberist - Aare	28. Feb 2016	
			<i>Volksabstimmung geplant November 2015</i> <i>Die Vorbereitungsarbeiten verlaufen planmässig. Volksabstimmung neu im Februar 2016</i>
5154	Realisierung Projekt Emme ab Wehr Biberist	Ziel LP	C.2.3.1
	Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung	Beschluss	VB, geplant 2016
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016
Amt	Amt für Umwelt	Soll-Termin	31. Dez 2020
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2020	
1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen	Ziel LP	C.2.3.2
	Schwermetallsanierung Schiessanlagen	Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007
Amt	Amt für Umwelt	Soll-Termin	31. Dez 2024
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
373	Einbau Kugelfänge	31. Dez 2013	31. Dez 2013
5656	B+E z. Hd. KR (gesetzliche Grundlage)	31. Dez 2015	
5657	Abschluss der Sanierungsarbeiten	31. Dez 2024	
5242	Energiekonzept	Ziel LP	B.2.2.1
	Erarbeitung und Umsetzung des Energiekonzepts des Kantons Solothurn	Beschluss	RRB 2011/1285
Status	Erledigt	Start-Datum	14. Jun 2011
Amt	Amt für Umwelt	Soll-Termin	31. Dez 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5395	Ausarbeitung Energiekonzept	30. Jun 2014	23. Jun 2014
5396	Umsetzung Energiekonzept	31. Dez 2014	
			<i>Das neue Energiekonzept wurde mit RRB Nr. 2014/1110 vom 23. Juni 2014 genehmigt.</i> <i>Der Vollzug zur Umsetzung des Energiekonzepts erfolgt dezentral in der ordentlichen Verwaltungsorganisation.</i>

1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn					Ziel LP	.
	Publikation					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2017	
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
378	Publikation		31. Dez 2017				

5120	Archäologische Ausgrabungen Stadttheater Solothurn				Ziel LP	.
	Ausgrabungen, archäologische Untersuchungen				Beschluss	.
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jun 2013	Soll-Termin	1. Jun 2014
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5089	Start Ausgrabungen	1. Jun 2013	1. Jun 2013	erfolgt		
5647	Abschluss der Ausgrabungen	1. Jun 2014	1. Jun 2014	Die Ergebnisse wurden im aktuellen Jahresbericht 2014 publiziert.		

Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	177.8	179.4	174.2	175.1	177.2	177.6
Ertrag	-56.5	-56.9	-54.7	-54.8	-55.6	-55.8
Globalbudgetsaldo	121.3	122.5	119.5	120.3	121.6	121.9
Verrechnungen	-31.3	-31.4	-31.5	-31.6	-31.6	-31.6
Saldo	90.0	91.1	88.0	88.7	90.0	90.3
Finanzgrössen						
Aufwand	72.4	70.7	76.2	79.9	76.3	74.6
Ertrag	-124.9	-123.1	-125.6	-125.3	-125.3	-125.0
Verrechnungen	-10.6	-9.4	-10.5	-10.4	-10.4	-10.4
Saldo	-63.1	-61.8	-59.9	-55.8	-59.4	-60.7
Saldo total	26.8	29.2	28.2	32.9	30.6	29.6

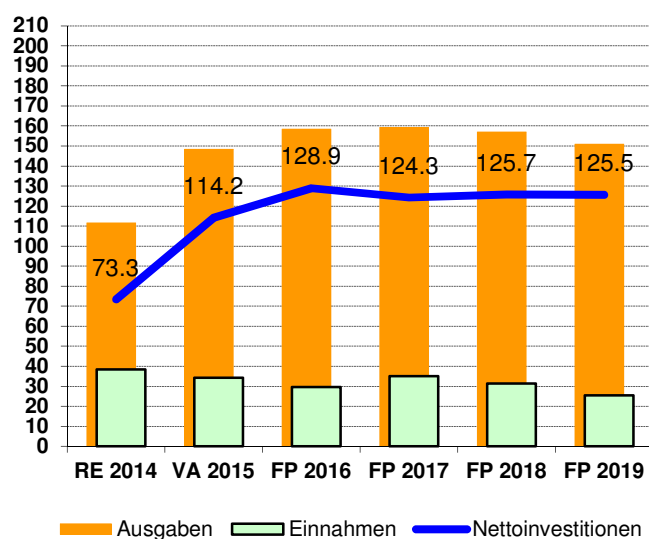


Durch die Vorgaben des Finanzplanvorentschides I und mit Berücksichtigung der Massnahmenpläne 2013 und 2014 bleibt die Summe der Globalbudgets auf dem Niveau der Rechnung 2014 und unter dem Voranschlag 2015. Die geringe Erhöhung des Aufwandes - bedingt durch unvermeidbare, verschiedene kleinere Ausgaben und im Personalaufwand durch den automatischen Erfahrungsstufenanstieg - wird ausgeglichen durch den geringeren Aufwand für den Öffentlichen Verkehr (Finanzierung Ausbau Bahninfrastruktur, FABI).

Die Finanzplanung im Bereich der Finanzgrössen (Spezialfinanzierungen, Immobilienbewirtschaftung, FABI Beiträge an den Bund) unterliegt gegenüber den vergangenen Jahren keinen grossen Änderungen. Im vorliegenden Finanzplan nicht enthalten sind die noch nicht konkret geplanten und beschlossenen Sanierungen der Stadtmistdeponien Solothurn und der Kugelfänge bei Schiessanlagen.

Für den Bereich ÖV ist anzufügen, dass das Volk am 9. Februar 2014 der FABI-Vorlage zugestimmt hat. Damit ändert sich die Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Verkehr. Die Vorgaben des Bundes wurden im IAFP 2016-2019 berücksichtigt. Konkret entfallen für den Kanton in der Erfolgsrechnung die Infrastrukturfolgekosten und in der Investitionsrechnung die Beiträge an die Investitionen der Bahn. Die FABI-Beiträge des Kantons an den Bund werden in der Erfolgsrechnung als Finanzgrösse abgebildet.

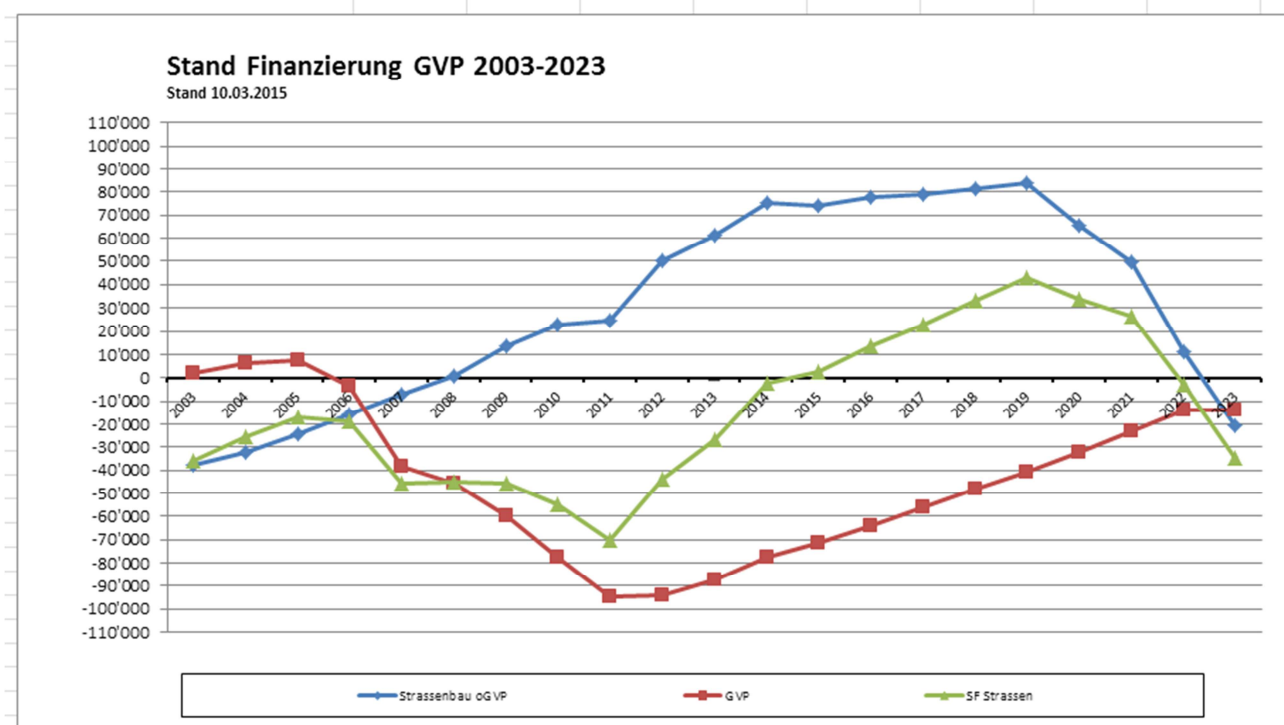
Investitionsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total						
Ausgaben	111.7	148.4	158.5	159.3	157.1	151.0
Einnahmen	-38.3	-34.3	-29.6	-35.0	-31.4	-25.5
Nettoinvestitionen	73.3	114.2	128.9	124.3	125.7	125.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	22.6	37.5	52.4	54.0	52.0	57.0
Hochbau: Bildungsbauten	22.8	32.3	35.2	29.0	31.5	26.5
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	2.1	0.4	0.5	2.7	2.0	2.0
Kantonsstrassenbau	20.2	36.0	35.0	35.0	35.0	35.0
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.5	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Umwelt	-0.2	0.0	2.1	0.8	3.1	3.2
Wasserwirtschaft	2.7	4.1	4.1	3.0	2.4	2.0



Trotz des durch die Projektverzögerungen in den Vorjahren entstandenen Nachholbedarfs, kann die Plafonierung von 125 Mio. Franken pro Jahr in der Periode 2016 bis 2019 nur ganz knapp nicht eingehalten werden. Grosse bewilligte Vorhaben wie vor allem der Neubau des Bürgerspitals Solothurn sind wie geplant zu realisieren. Neue, grössere Kantonsstrassenprojekte (Dornach, Klus Balsthal, Autobahnanschlüsse Egerkingen und Oensingen) werden frühestens ab 2020 realisiert.

Aufgrund der Annahme der FABI-Vorlage am 9. Februar 2014 durch das Volk, ändert sich die Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Verkehr. Die Vorgaben des Bundes wurden im IAFP 2016-2019 berücksichtigt. Konkret entfallen für den Kanton in der Investitionsrechnung die Beiträge an die Investitionen der Bahn. Die kompensatorischen FABI-Beiträge des Kantons an den Bund werden in der Erfolgsrechnung als Finanzgrösse abgebildet.

Entwicklung Strassenbaufonds



Die Werte sind nach dem heutigen Wissensstand übernommen, somit ist beispielsweise eine moderate Erhöhung des Ertrages aus der Motorfahrzeugsteuer berücksichtigt. Massgeblichen Einfluss auf die Darstellung der Entwicklung des Strassenbaufonds haben die Abschreibungen der Investitionen. Diese betragen linear 2,5%. Unter HRM1 wurden die Investitionen zu 100% abgeschrieben und wirkten sich viel stärker auf den Stand des Strassenbaufonds aus.

Die Regierung hat im Massnahmenplan 2013 die Plafonierung der Investitionen im BJD von 125 Mio. Franken beschlossen. Grosse bewilligte Vorhaben wie z.B. der Spitalneubau, verbunden mit der Plafonierung der Investitionen, haben zur Folge, dass grössere anstehende Kantonsstrassenprojekte frühestens ab 2020 realisiert werden können. Somit ist in der obigen Darstellung ein weiterer Infrastrukturausbau erst ab 2020 berücksichtigt. Dieser beinhaltet die Vorhaben Dornach, Klus Balsthal und die Autobahnanschlüsse Egerkingen und Oensingen inkl. Umfahrung Oensingen „light“.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten durch den Zuschlag gedeckt, spätestens aber nach 20 Jahren, d.h. im Jahr 2022.

Der Zuschlag auf der Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird nach neusten Prognosen voraussichtlich ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 23.0 Mio. Franken bestehen.

3 Departement für Bildung und Kultur

3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden. Die Bildungsangebote der Tertiärstufe werden vom Kanton teils geführt, teils mit Schulgeldern mitfinanziert.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Qualität der Bildung auf allen Stufen sichern

- 1.2.1 Zweckmässige Infrastruktur für die kantonalen Schulen sichern
- 1.2.2 Qualität der gymnasialen Bildung sichern

1.3 Bildungsbarrieren abbauen und Bildungspotenziale fördern

- 1.3.1 Berufliche Qualifikation Erwachsener fördern (Nachholbildung)
- 1.3.2 Duales Berufsbildungssystem stärken (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 01)

1.4 Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Stufen verstärken

- 1.4.1 Lehrplan 21 einführen
- 1.4.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz
- 1.4.3 Zugang zur Höheren Berufsbildung sichern

3.4 Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.4.1 Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken

3.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.
- Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen (Checks).

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Der zweite Bildungsbericht Schweiz liegt vor. Er ist ein Produkt des langfristig angelegten Bildungsmonitorings, das Bund und Kantone in

Ausführung von Artikel 61 a Absatz 1 der Bundesverfassung lanciert haben. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Die Sportfachstelle erfüllt im Rahmen von Jugend und Sport Vollzugs- und Koordinationsaufgaben, die auf Bundesebene durch das Sportförderungsgesetz geregelt werden. Das Gesetz wurde erneuert und auf den 1.10.2012 in Kraft gesetzt. Darin wurde u. a. das Jugend und Sport Alter auf 5 bis 20 Jahre festgelegt. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Der Kanton Solothurn soll ein attraktives und zeitgemässes Museum bekommen, das im ganzen Kanton und darüberhinaus bekannt ist. Das Museum Altes Zeughaus hat hierfür grosses Potenzial. Die Massnahmen für den Umbau und die Innensanierung verfolgen das Ziel, einen effizienten und attraktiven Museumskonzept zu ermöglichen. Der Kantonsrat hat am 7.1.2013 mit SGB 018/2013 den Verpflichtungskredit für den Umbau und die Innensanierung beschlossen. Die Umbauarbeiten sind am 1.10.2014 gestartet.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 1,0 Mio. CHF).

3.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

714	Bildungsraum Nordwestschweiz	Ziel LP	B.1.4.2.
	Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E	Beschluss	RRB 2013/483
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2015		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
320	Erste Schulabgänger erhalten einen vierkantonalen Volksschulabschluss	31. Aug 2014	31. Aug 2014 Erledigt.
5716	Flächendeckende Einführung der Checks (P3, 3. Primarschulklasse, P 6, 6. Primarschulklasse, S2, 2. Sekundarschulklasse, S3, 3. Sekundarschulklasse)	31. Jul 2017	
693	Frühenglisch	Ziel LP	keine
	Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio.,Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.	Beschluss	SGB 095/2006
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2015		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5313	Start Englisch ab der 5. Klasse.	31. Aug 2013	1. Aug 2013 Englisch in der 5. Klasse ist gestartet.
5545	Projektfortführung gemäss Projektplan.	31. Aug 2014	31. Aug 2014 Die Umsetzung läuft planmässig.
319	Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.	31. Dez 2015	
696	HarmoS	Ziel LP	B.1.4.
	HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen.	Beschluss	RRB 2009/2450
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2015		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5576	Hängt mit dem Lehrplan 21 zusammen. Keine zusätzlichen Ziele für 2014.	31. Dez 2014	31. Dez 2014 Umsetzung läuft gemäss Planung Lehrplan 21.
5705	Ziele gemäss Lehrplan 21. Keine zusätzlichen Ziele für 2015.	31. Dez 2015	

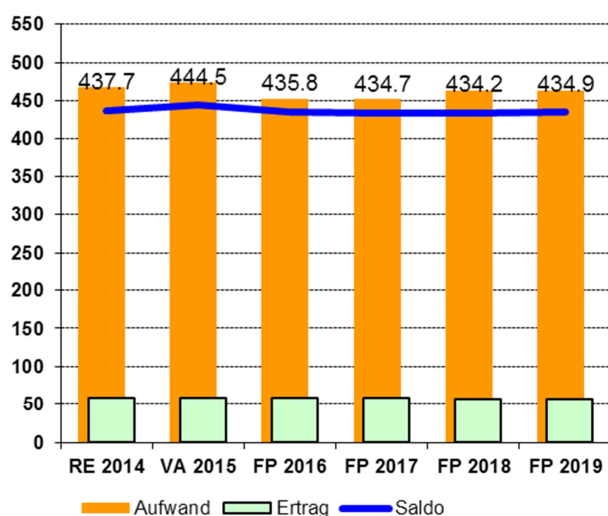
702	Integration	Ziel LP	keine	
	Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, deren Förderung im Regelklassenunterricht allein nicht erbracht werden kann, mit Massnahmen der Speziellen Förderung (Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes [BehiG]).	Beschluss	RRB 2011/227	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2007 Soll-Termin 31. Aug 2014			
	Amt Volksschulamt			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1197	Projekt Schulversuch 2011-2014	1. Aug 2014	1. Jan 2014	Leitfaden Spezielle Förderung z. H. der Schulen per 1.1.2014 erarbeitet.
5573	Neuer Schulversuch bis zum 1.8.2018 gem. KRB Nr. 1. Aug 2018 AD 195/2013 vom 11.12.2013.			
986	Lehrplan 21	Ziel LP	B.1.4.1. Lehrplan	
	Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken.	Beschluss	RRB 2010/931	
	Status In Arbeit Start-Datum 4. Feb 2010 Soll-Termin 31. Jul 2018			
	Amt Volksschulamt			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5315	Öffentliche Vernehmlassung und Erhebung der kantonalen Rückmeldungen an die D-EDK	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Die Ergebnisse der Vernehmlassung wurden ausgewertet und vom Regierungsrat am 14.1.2014 zur Kenntnis genommen.
323	Gemäss Projektplan D-EDK. Freigabe des Lehrplans an die Kantone zur Zustimmung.	31. Jul 2015	31. Dez 2014	Übergabe erfolgte am 30.10.2014.
5743	Weiterbearbeitung gemäss kantonomer Planung	31. Jul 2018		
722	Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts	Ziel LP	keine	
	Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen	Beschluss	Eingabe SIKO	
	Status Sistiert Start-Datum 9. Dez 2009 Soll-Termin 31. Jul 2014			
	Amt Amt für Volksschule und Kindergarten			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
321	Abhängig vom Projekt Lehrplan 21; gem. Projektplanung weiterbearbeiten	31. Dez 2015		
704	Case Management Berufsbildung	Ziel LP	keine	
	Prävention von Jugendarbeitslosigkeit	Beschluss	RRB 2007/1202	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2007 Soll-Termin 31. Dez 2010			
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5546	Weiterentwicklung des Case Managements; Abschluss Evaluation und Entscheid über weiteres Vorgehen	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Abschluss Evaluation steht noch aus. Wird im 2015 erledigt.
5706	Weiterführung gemäss Vorgaben Bund. Entscheid über das weitere Vorgehen nach Auslaufen der Bundessubventionen gefällt.	31. Dez 2015		
712	Einführung bilingualer Unterricht	Ziel LP	keine	
	Die zweisprachige Maturität an den Kantonsschulen ist möglich.	Beschluss	RRB 2002/1696	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2010			
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5547	Aufnahmeverfahren durchführen und analysieren. Das Gesuch um Anerkennung bei der EDK einreichen. Erfolgreicher Start erster Klasse.	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Erledigt.
5707	Klassen mit zweisprachiger Matur sind an beiden Kantonsschulen installiert. Die eidgenössische Anerkennung der zweisprachigen Maturität D/E an der Kantonsschule Solothurn ist erfolgt.	31. Dez 2015		

984	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren				Ziel LP	B.1.3 Integration
	Sozio-ökonomischer Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung begegnen. Förder- und Unterstützungsmassnahmen ab dem Kindergarten, ev. bereits im Frühbereich, teilweise neu erarbeiten, konsequent und gezielt einsetzen.				Beschluss	RRB 2007/459
	Status	Erledigt	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
290	Tertiärabschlussquote: Anzahl Abschlüsse Hochschulen, Fachhochschulen, höhere Berufsbildung steigern	31. Jul 2013	31. Jul 2013	Seit 2008 wird der Zugang zu inner- und ausserkantonalen Bildungsangeboten (Höhere Fachschulen, Vorbereitung auf höhere Berufs- und Fachprüfungen) finanziell unterstützt.		
988	Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen				Ziel LP	B.1.3.
	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch bessere Integration der Jugendlichen mit schulischen, sprachlichen und sozialen Problemen in den Arbeitsmarkt.					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5549	Einführung neu konzipiertes Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Das Berufsvorbereitungsjahr ist am Berufsbildungszentrum Olten planmässig gestartet.		
5708	Weiterführung und Optimierung des Brückenangebotes BVJ.	31. Dez 2015				
5348	Qualität der gymnasialen Bildung sichern				Ziel LP	B.1.2.2 Qualität
	Ausarbeitung und Erlass eines neuen kantonalen Lehrplans für das Gymnasium. Einführung von sogenannt harmonisierten Maturitätsprüfungen (einheitliche, validierte Prüfungen) sowie von Querschnittsprüfungen ('Gemeinsames Prüfen' je Fach) an den Gymnasien.					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	21. Okt 2014	Soll-Termin	31. Jul 2017
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5574	Kantonalen Lehrplan Gymnasium sowie harmonisierte, validierte Maturitätsprüfungen einführen	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Erledigt.		
720	Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert				Ziel LP	keine
	Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert bearbeiten				Beschluss	RRB 2005/160
	Status	In Arbeit	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Amt für Kultur und Sport				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5553	Textproben der Autoren werden besprochen und bearbeitet.	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Abschluss der Manuskriptphase.		
5711	Autorentexte liegen vor und sind von der Fachkommission geprüft.	31. Dez 2016				
203	Gesamtwerk wird 2017 abgeschlossen (RRB 2011/2348 vom 15.11.2011).	31. Dez 2017				
716	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus				Ziel LP	keine
	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus Neugestaltung der Dauerausstellung, Umbau und Innensanierung.				Beschluss	RRB
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	30. Jun 2016
	Amt	Amt für Kultur und Sport				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5550	Start der Umbauarbeiten am 1.10.14, Depot Burrisgraben ist eingerichtet und funktionsfähig, für die Neugestaltung der Dauerausstellung ist die Ausführung geklärt und die Restfinanzierung in Bearbeitung.	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Erfolgreicher Start der Umbauarbeiten am 1.10.2014. Depot Burrisgraben ist eingerichtet und funktionsfähig.		
5712	Erneuerung Dauerausstellung: Detailplanung abgeschlossen, Restfinanzierung geklärt, Beginn der Realisierung. Abklärungen zur künftigen Rechtsform sowie Businessplan in Bearbeitung.	31. Dez 2015				

724	Zentralbibliothek Solothurn (ZBS)					Ziel LP	B.3.4.1
	Investitionen sind zu ermöglichen (Sanierungen, Digitalisierung, Ergänzung Magazinrakt) und es ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Stufe Trägerschaft zwischen Kanton, Region und Stadt Solothurn sicherzustellen.					Beschluss	SGB 118/2013
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2005	Soll-Termin	31. Jul 2017	
	Amt	Amt für Kultur und Sport					
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5551	Vorbereitung der Leistungsvereinbarungen.			31. Dez 2014	31. Dez 2014	Leistungsvereinbarung AKS mit Stiftung ZBS abgeschlossen. Die Erweiterung Magazin ist abgeschlossen.	
5713	Leistungsvereinbarungen Stiftung ZBS mit Einwohner- und Regionsgemeinden sind abgeschlossen. Beteiligung Speicherbibliothek Büron LU ist abgeschlossen.			31. Dez 2015			

Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

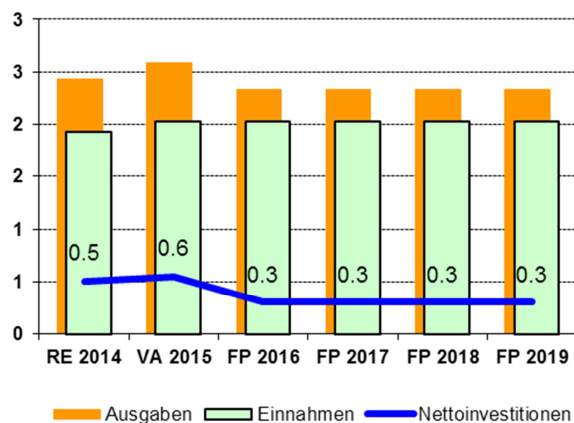
Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	214.8	218.4	218.2	218.5	217.4	216.5
Ertrag	-50.8	-50.9	-50.7	-49.8	-49.3	-49.1
Globalbudgetsaldo	164.1	167.5	167.5	168.7	168.0	167.4
Verrechnungen	29.9	29.8	29.8	29.8	29.8	29.8
Saldo	194.0	197.3	197.3	198.5	197.8	197.2
Finanzgrössen						
Aufwand	251.8	255.2	247.2	244.9	244.7	245.9
Ertrag	-8.5	-8.4	-9.0	-9.0	-8.7	-8.6
Verrechnungen	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	243.7	247.2	238.5	236.2	236.3	237.6
Saldo total	437.7	444.5	435.8	434.7	434.2	434.9



Der Anstieg zwischen 2014 und 2015 ist vorwiegend auf Beiträge an Gemeinden an Lehrerbesoldungen (Fortführung Frühfranzösisch, Frühenglisch, Leistungsschecks, Aufbau regionaler Kleinklassen) zurückzuführen.

Der Rückgang ab 2016 ist hauptsächlich die Folge des Inkrafttretens des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG) mit Einführung der Schülerpauschale im Bereich Volksschule.

Investitionsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total						
Ausgaben	2.4	2.6	2.3	2.3	2.3	2.3
Einnahmen	-1.9	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.5	0.6	0.3	0.3	0.3	0.3
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3



Der Rückgang ab 2016 ist darauf zurückzuführen, dass an den kantonalen Schulen nur kleinere Investitionen Informatik geplant sind, welche gemäss WoV-Gesetzgebung zulasten Erfolgsrechnung verbucht werden. Im 2014 und 2015 sind sie in der Investitionsrechnung verbucht bzw. budgetiert worden.

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben sowie die Kantonale Pensionskasse (PKSO). Alle Dienststellen mit Ausnahme der PKSO werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:
Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:
Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:
Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:
Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

4.3 Politische Ziele und Leistungen

Nachdem der Kantonsrat in seiner März-Session 2014 dem Massnahmenplan 2014 zugestimmt hat, kann in der Planungsperiode mit einer merklichen Verbesserung der Finanzlage gerechnet werden.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes kann nach der vorliegenden Planung jedoch nicht ganz erreicht werden, weitere Anstrengungen werden in den nächsten Jahren notwendig sein. Das liegt einerseits daran, dass neue Belastungen in den IAFP 2016-19 aufgenommen werden mussten (Jährliche Kosten für die Ausfinanzierung der Pensionskasse PKSO sowie Mehrkosten aufgrund der Ablehnung der Änderung des Sozialgesetzes (keine Senkung des Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung). Andererseits sind im Massnahmenplan 2014 auch Massnahmen enthalten, welche sich wohl auf die Erhaltung des freien Eigenkapitals, nicht aber auf die Erfolgsrechnung auswirken. Zudem umfasste das ursprüngliche Massnahmenpaket ein Verbesserungspotential von 150 Mio. Fr, von denen bis im Jahr 2018 schlussendlich rund 100 Mio. Fr. realisiert werden können.

Im IAFP sind überdies verschiedene Zukunftsrisiken nicht abgebildet, weil sie sich finanziell noch nicht abschliessend quantifizieren lassen: Anpassungen beim Nationalen Finanzausgleich aufgrund des Wirksamkeitsberichts (Reduktion der Dotation Ressourcenausgleich), Unternehmenssteuerreform III (USR III), welche zu einer deutlichen Reduktion der Steuereinnahmen bei juristischen Personen führen wird sowie Mehrkosten im Altlastenfonds (Altlastensanierung „Stadtmist“, Kugelfänge Schiessanlagen, etc.).

Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Der Kanton Solothurn wurde durch die Ratingagentur Standards & Poor erneut mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer

gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

5360

<

5220 Ablösung Grundbuch-Anwendung

Die heutige Grundbuch-Anwendung ISOV GB V5 soll mit einer neuen Software abgelöst werden, die sich auf dem Markt bewährt hat und die sowohl die Vorgaben des Bundes als auch unsere Bedürfnisse abdeckt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2012** Soll-Termin **30. Jun 2015**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5338	Kreditbewilligung	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Bewilligt mit RRB 2013/632 vom 02.04.2013 und KRB SGB 067/2013 vom 26.06.2013
5340	Datenmigration ISOV in neue Anwendung	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Die Datenmigration konnte erfolgreich durchgeführt werden.
5578	Testphase abschliessen	30. Sep 2014	30. Sep 2014	Mit ausgiebigen Tests wurde sowohl die Datenmigration als auch die Software überprüft.
5579	Schulung	30. Sep 2014	30. Sep 2014	Alle Mitarbeitenden des GB und EA wurden geschult.
5341	Produktivbetrieb	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Am 27.10.2014 wurde der Produktivbetrieb erfolgreich aufgenommen.
5580	Systemabnahme	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Per 31.12.2014 wurde die Systemabnahme vom Projektausschuss bestätigt.
5581	Realisierung Erweiterungen	30. Jun 2015		

5222 Ressort Betreibungen von Steuerschulden

Die Zusammenarbeit zwischen Betreibungsamt und Steueramt überprüfen und allenfalls neu organisieren, mit dem Ziel den Betreuungserfolg von Steuerschulden zu erhöhen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2012** Soll-Termin **31. Dez 2015**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	Kategorie	MP 2013
5349	Zusammenarbeit BA und KSTA neu regeln	31. Mrz 2014	30. Jun 2014	Arbeitsgruppe hat Prozesse überprüft und Pilotbetrieb vorbereitet.		
5622	Pilotbetrieb	30. Jun 2014	30. Sep 2014	Pilotbetrieb gestartet.		
5623	Zwischenbericht und Umsetzungsentscheid	30. Sep 2014	31. Dez 2014	Entscheid über Fortführung des Pilotbetriebs.		
5624	Erfolgskontrolle	31. Dez 2016				

5359 Gesetz über Einwohner- + Stimmregisterplattform

Ein Gesetz erarbeiten zur Führung einer kantonalen Datenplattform.

Status **In Arbeit** Start-Datum **31. Dez 2013** Soll-Termin **1. Jan 2015** Ist-Termin **1. Jan 2015**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5600	Entwurf Gesetz	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Gesetzesentwurf liegt vor.
5601	Vernehmlassung Gesetz	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Vernehmlassung bei den Interessengruppen durchgeführt.
5602	RRB und KRB	30. Jun 2014	31. Dez 2014	Der Kantonsrat hat der Gesetzesvorlage am 5. November 2014 zugestimmt (RG 082a/2014).
5603	Inkrafttreten	1. Jan 2015	1. Jan 2015	Das Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

5116 Massnahmenplan 2013

Ziel LP B.1.1.1

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Status **Erledigt** Soll-Termin **31. Mrz 2013** Ist-Termin **31. Mrz 2014**
 Amt **Amt für Finanzen** Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5358	Controlling-Konzept erstellen	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Konzept erarbeitet und eingeführt.
5359	1. Bericht mit SemB 2013	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Erste Berichterstattung an RR vorgenommen
5360	2. Bericht mit GesB 2013	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Berichterstattung an den RR vorgenommen

5168 Gemeinderegister GERES Plattform

Aufbau und Betrieb eines kantonalen Einwohnerregisters (enthaltend Personenregister, Voterregister, Adressregister).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2018**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5354	Adressregister (Beschaffung)	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Adressregister wurde beschafft, Einführung erfolgt im 2015
5770	Adressregister (Betrieb)	31. Mrz 2015		
5771	Aufbau Testumgebung	30. Jun 2015		
5357	Einführungsentscheid Objektregister	30. Sep 2015		
5356	Einführungsentscheid Firmenregister	31. Mrz 2016		Projektverzögerungen beim Hersteller, Einführungsentscheid verschoben auf 2016
5774	Projektabschluss GERES	31. Dez 2018		

5225 Fonds-Verrechnung zu Vollkosten

Fonds-Verrechnung der Verwaltung zu Vollkosten.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Mrz 2014** Ist-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Amt für Finanzen** Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5361	Analyse und Erhebung	31. Mrz 2013	30. Sep 2013	Erhebung der Daten abgeschlossen
5362	Detaillkonzept erarbeiten	30. Jun 2013	31. Dez 2013	Grundlagen erarbeitet
5363	RRB	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Das Reporting erfolgt im Rahmen des Controlling zum Massnahmenplan 13. Die Erstellung eines RRBs entfällt.
5364	Umsetzung mit VA 2015	31. Mrz 2014	31. Dez 2014	Massnahme wurde abgeschlossen.

5226 Review SAP-Strategie

Die bestehende Strategie SAP als zentrales Rechnungswesentool überprüfen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Mrz 2014** Ist-Termin **31. Mrz 2014**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5365	Analyse	30. Jun 2013	30. Sep 2013	Analyse des SAP-Einsatzes in der Verwaltung abgeschlossen
5366	Strategie anpassen	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Strategie angepasst
5367	RRB für angepasste Strategie	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Überarbeitete SAP-Strategie vom RR mit RRB 2014/745 vom 22.04.2014 beschlossen

5227 Kreditorenprozess zentralisieren

Rationalisierung der Verbuchung im SAP indem der Kreditorenprozess kantonsweit zentralisiert wird und die Prozesse optimiert und automatisiert werden. Ersetzen der Papierrechnung durch e-rechnung.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2015**
 Amt **Amt für Finanzen** Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5368	Analyse und Erhebung	31. Mrz 2013	30. Mrz 2013	Daten erhoben und analysiert.
5369	Grobkonzept und RRB	31. Dez 2015		Arbeiten wurden auf 2017 verschoben, da diese vom Kreditoren-Workfolw abhängig sind und dessen Einführung ab 2015 geprüft wird.

5415 SAP Redesign

Aufsetzung und Bereinigung aller SAP-Module auf neues System

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2017**
 Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
	Ausschreibung externer Partner	30. Sep 2015		
5775	Konzept	31. Dez 2016		
5776	Realisierung	31. Dez 2017		

1285 Optimierung Mitarbeitendengespräch

Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit

Status **Erledigt** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **30. Sep 2014** Ist-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
2881	1. Audit zum neuen System durchgeführt	30. Sep 2014	31. Dez 2014	Audit wird im Rahmen der Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage sowie im Rahmen der Überprüfung der Dienstleistungen des Personalamtes vorgenommen. In dieser Form ist es eine Daueraufgabe.

5223 AHV-Ersatzrente

Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter. Umsetzung der Massnahme FD_9 aus dem Massnahmenplan 2013.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2014** Ist-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Personalamt** Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5350	Lösungsvarianten	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Lösungsvarianten erarbeitet und in der KoKo verabschiedet.
5351	Beschluss Neuregelung	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Die Neuregelung wurde in der GAVKO ausgehandelt und durch den RR mit RRB 2014/1694 vom 23.09.2014 beschlossen.

5364 Organisationsentwicklung im Steueramt

Eine Organisationsentwicklung im Steueramt durchführen mit dem Ziel die Veranlagungsbehörde von Grenchen nach Solothurn zu verlegen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **30. Sep 2014** Ist-Termin **30. Sep 2014**
 Amt **Steueramt** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5632	Konzept erarbeiten	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Konzept liegt vor
5633	Freigabe Verordnung	30. Jun 2014	30. Jun 2014	Verordnung überarbeitet und beschlossen mit RRB 2014/497 vom 11.03.2014
5634	Konzept umgesetzt	30. Sep 2014	30. Sep 2014	Die Veranlagungsbehörde Grenchen ist am 1. Oktober 2014 nach Solothurn umgezogen.

5228 Teilrevision Steuergesetz (2015)

Teilrevision des Steuergesetzes zur Umsetzung des Bundesrechts. Lotteriegewinne, Pauschalbesteuerung sowie Aus- und Weiterbildungskosten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **1. Jan 2016**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5371	Vernehmlassungsentwurf	30. Jun 2014	30. Jun 2014	Entwurf liegt vor.
5372	B + E an Kantonsrat	31. Mrz 2015		
5373	Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2015		
5374	Vollzugsgesetzgebung	30. Sep 2015		
5375	Inkrafttreten	1. Jan 2016		

5363 Totalrevision Katasterschätzung

Eine Totalrevision der Katasterschätzung durchführen mit dem Ziel eine rechtsgleiche, bundesrechtskonforme Bewertung von Liegenschaften zu erreichen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **1. Jan 2017**
 Amt **Steueramt** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5625	Datenerhebung	31. Mrz 2015		
5626	Konzept für Neubewertung	31. Mrz 2015		
5627	Vernehmlassungsentwurf	30. Sep 2015		
5628	B+E an Kantonsrat	31. Dez 2015		
5629	Kantonsratsbeschluss	31. Mrz 2016		
5630	Volksabstimmung	30. Sep 2016		
5631	Inkrafttreten	1. Jan 2017		

5417 **Desktop 2016**

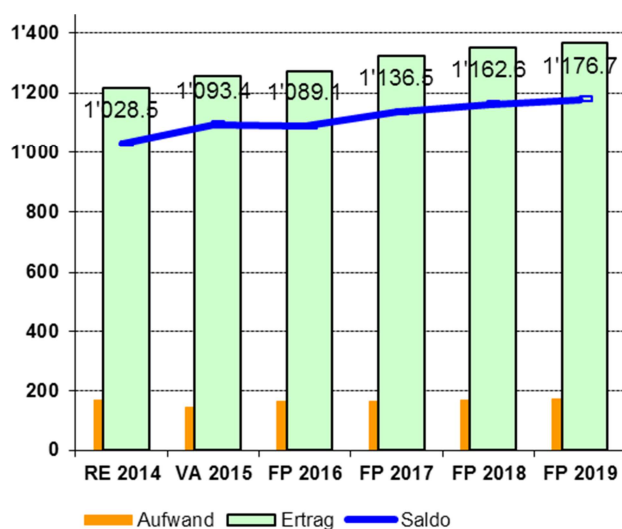
Evaluation und Ablösung des Desktop 2011.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2015**Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5777	Architekturentscheid	30. Jun 2015		
5778	Entwurf B+E	30. Sep 2015		
5779	RRB und KRB	31. Dez 2015		

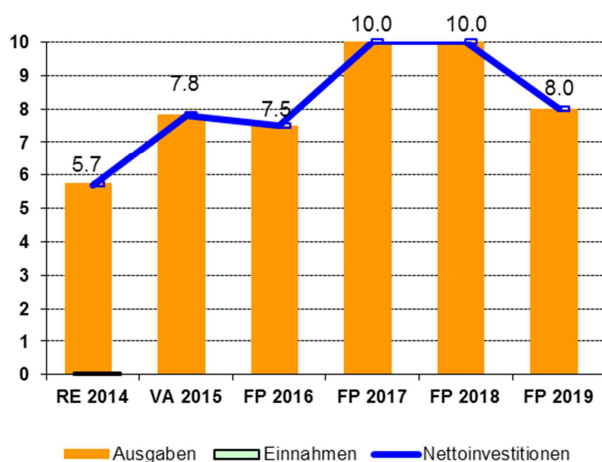
Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	82.9	85.0	85.3	85.2	85.3	85.5
Ertrag	-58.0	-58.4	-58.0	-58.0	-58.0	-58.0
Globalbudgetsaldo	25.0	26.6	27.3	27.2	27.3	27.5
Verrechnungen	-7.1	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0
Saldo	17.9	19.6	20.2	20.2	20.3	20.4
Finanzgrössen						
Aufwand	85.1	59.8	78.7	80.6	83.7	86.6
Ertrag	-1'159.7	-1'199.0	-1'214.1	-1'263.7	-1'293.2	-1'310.4
Verrechnungen	28.3	26.1	26.1	26.3	26.6	26.6
Saldo	-1'046.4	-1'113.0	-1'109.3	-1'156.7	-1'182.9	-1'197.1
Saldo total	-1'028.5	-1'093.4	-1'089.1	-1'136.5	-1'162.6	-1'176.7



In der Erfolgsrechnung ist bei den Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und des Bevölkerungswachstums in den nächsten Jahren mit leicht steigenden Mehrerträgen zu rechnen. Weiter geht man im Finanzplan davon aus, dass die SNB im 2016 auf eine Auszahlung eines Gewinnanteils verzichten wird und dass ab 2017 wieder mit einer Auszahlung gerechnet werden kann. Auch beim NFA rechnet man gestützt auf die BAK-Studie mit einer konstant steigenden Ausschüttung. Ausgabenseitig ist aufgrund der prognostizierten Defizite in der Staatsrechnung in den Folgejahren wieder mit höheren Zinskosten zu rechnen.

Investitionsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total						
Ausgaben	5.8	7.8	7.5	10.0	10.0	8.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.7	7.8	7.5	10.0	10.0	8.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie (GB)	5.7	7.8	7.5	10.0	10.0	8.0



Der erhöhte Investitionsbedarf ab 2015 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den End of Life Zyklus erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Insbesondere sind ab 2016 Beträge für die neue Fachanwendung des Steueramtes enthalten. Die heutige Steuerlösung INES kann nur noch bis 2020 betrieben werden.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

2. Soziale Sicherheit

Die Präambel der Kantonsverfassung verdeutlicht, dass es eine Gesellschaftsordnung anzustreben gilt, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit der Menschen dient. Nach Art. 22 Kantonsverfassung strebt der Kanton ergänzend zur privaten Initiative und Verantwortung danach, im Rahmen der Zuständigkeitsordnung und der finanziellen Möglichkeiten die Sozialziele zu erreichen. Entsprechend gilt es gemäss § 1 des Sozialgesetzes:

- Die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbstständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut und soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern;
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen;
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überleben zu gewähren;
- den Missbrauch von Leistungen zu verhindern und bekämpfen.

Administrativ angegliedert ist die Verwaltung von Lotterie- und Sportfonds.

3. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten sowie Prävention und Repression im Strassenverkehr. Polizeipräsenz und rasche Interventionen im öffentlichen Raum sowie zielgruppenorientierte Präventionstätigkeiten dienen der Abwehr von Gefahren. Weiter zählt zur öffentlichen Sicherheit der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in der Justizvollzugsanstalt Solothurn und in den Untersuchungsgefängnissen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
- 3.1.2 Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren
- 3.1.3 Langzeit-Pflegebedarf bewältigen
- 3.1.4 Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren
- 3.1.5 Sozialkosten dämpfen
- 3.1.6 Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen

3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen

- 3.2.1 Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen
- 3.2.2 Spitalversorgung Nordwestschweiz (Kantone AG, BL, BS und SO) evaluieren
- 3.2.3 Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren
- 3.2.4 Zeitpunkt und Modalitäten der Immobilienübertragung auf die soH festlegen

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.1 Prävention optimieren
- 3.3.2 Sicherheit im Strassenverkehr verbessern
- 3.3.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken
- 3.3.4 Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen
- 3.3.5 Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln

5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Gesundheit

Der Kantonsrat folgte am 18. Dezember 2013 dem Antrag der SOGEKO, aufgrund des geplanten Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen die Budgetposition Krebsregister aus dem Voranschlag 2014 zu streichen. Am 29. Oktober 2014 hat der Bundesrat Botschaft und Entwurf des Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen (Krebsregistrierungsgesetz) zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Es ist sinnvoll, mit dem Aufbau des Solothurner Krebsregisters zuzuwarten, bis die gesetzlichen Grundlagen des Bundes geschaffen sind. Ebenfalls sistiert ist die Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn, da gemäss Auftrag des Kantonsrats vor dessen Einführung ein Krebsregister geschaffen werden soll. Diese Sistierung entspricht insofern dem aktuellen Stand der medizinischen Erkenntnisse, als der Swiss Medical Board aufgrund seiner Untersuchungen am 2. Februar 2014 empfohlen hat, keine neuen systematischen Mammografie-Screening-Programme einzuführen und alle Formen des Mammografie-Screenings bezüglich Qualität zu evaluieren.

Gemäss KVG müssen die Kantone per 1. Januar 2015 eine leistungsorientierte und bedarfsgerechte Spitalliste beschlossen haben. Basierend auf der Nordwestschweizer Spitalplanung (Kantone AG, BL, BS und SO) und dem von der Schweiz. Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) empfohlenen Leistungsgruppenkonzept hat der Regierungsrat bereits Ende 2011 die Spitalliste bzw. die Leistungsaufträge an jene inner- und ausserkantonalen Spitäler beschlossen, die für die stationäre Spitalversorgung der Solothurner Bevölkerung erforderlich sind (RRB Nr. 2011/2608). Der Kanton Solothurn verfügt über eine rechtsgültige Spitalliste. Die Nordwestschweizer Kantone haben 2013 gemeinsam einer externen Beratungsfirma den Auftrag gegeben, die Nordwestschweizer Spitalversorgung zu evaluieren (Monitoring der regionalen und überregionalen Patientenströme 2011 bis 2013). Das Monitoring dient als Basis für eine allenfalls erforderliche Anpassung der Spitalliste. Aufgrund der im Zwischenbericht ausgewerteten Patientenströme 2011 und 2012 dürften im Bereich der Rehabilitation Anpassungen der Leistungsaufträge erforderlich sein. Mit definitiven Ergebnissen (Patientenströme 2013) ist Ende 2015 zu rechnen.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste irgendeines Kantons aufgeführt sind und zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder

private Spitäler handelt. 2015 beträgt der Kantonsanteil im Kanton Solothurn 51%. Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens 2 Prozentpunkte umfassen darf, ist der Kantonsanteil für 2016 auf 53% und für 2017 auf 55% festgesetzt worden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012).

Die Kosten für die ärztliche Weiterbildung nach Erwerb des eidg. Diploms dürfen als gemeinwirtschaftliche Leistungen nicht in den Pauschalen gemäss KVG enthalten sein und gehen deshalb zu Lasten der Spitäler bzw. deren Trägerschaften oder der sie unterstützenden Standortkantone. Am 20. November 2014 hat die GDK eine Interkantonale Vereinbarung zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung beschlossen. Mit der Vereinbarung wird geregelt, dass die Standortkantone den innerkantonalen Spitälern pauschale Beiträge an die ärztliche Weiterbildung ausrichten (jährlich 15'000 Franken pro Assistenzarzt/Assistenzärztin). Durch einen interkantonalen Ausgleich soll die unterschiedliche finanzielle Belastung, die den Kantonen aufgrund der unterschiedlichen Anzahl von sich in der Weiterbildung befindenden Assistenzärzten und Assistenzärztinnen entsteht, ausgeglichen werden. Der Kanton Solothurn hat für diesen Ausgleich mit jährlichen Kosten von ca. 1.5 Mio. Franken zu rechnen. Die Vereinbarung wird nur in Kraft treten, wenn mindestens 18 Kantone beigetreten sind. Der geplante Beitritt des Kantons Solothurn zum Konkordat unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung, da jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als 0.5 Mio. Franken anfallen.

Das heutige Bürgerspital Solothurn genügt den Anforderungen an ein zukünftiges Akutspital nicht. Deshalb stimmten die Stimmbürger/innen anlässlich der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 dem Neubau mit 65,1% klar zu. In den kommenden Jahren soll der Neubau plangemäss erstellt werden. Der Behandlungstrakt und das Bettenhochhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022. Die Arbeiten laufen plangemäss (Spatenstich am 29. April 2015).

Das Eigentum an den Spitalimmobilien soll auf die soH übertragen werden. Im Rahmen der Überarbeitung der Eignerstrategie des Kantons Solothurn für die soH sollen 2015 Zeitpunkt und Modalitäten für die Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf der strategischen Ebene festgelegt werden.

2. Soziale Sicherheit

Die Vorgaben des Legislaturplanes knüpfen an folgende politische Leitlinien an:

- Prävention und Integration verstärken;
- Armut bekämpfen;
- Strukturen bereinigen;
- Sozialkosten dämpfen.

Eine ausreichende Prävention ebenso wie eine gute Integration der Migrationsbevölkerung und derjenigen von Minderheiten sowie Randgruppen führen zu einer weiterhin tragfähigen und toleranten Gesellschaft. Zudem werden auf diesem Weg Sozialkosten verhindert. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die Menschen ihre Ressourcen frühzeitig entfalten können und so zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben befähigt werden. Vor diesem Hintergrund sind

- Familien zu stärken, indem die EL für Familien weitergeführt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und Kinder aus allen Schichten chancengleich die Gelegenheit haben, ihre Ressourcen zu entfalten;
- Schulen in der Präventionsarbeit zu unterstützen;
- Sucht, Gewalt und Probleme im Umgang mit Geld mit spezifischen Programmen zurückzudrängen;
- in Zusammenarbeit mit dem Bund, die spezifischen Integrationsangebote für die Migrationsbevölkerung vor allem in den Bereichen „Information und Beratung“, „Bildung und Arbeit“ sowie „Verständigung und gesellschaftliche Integration“ weiter zu entwickeln.

Der Sozialbericht 2013 zeigt, dass Armut im Kanton Solothurn häufiger geworden ist. Dieser Entwicklung ist mit einer optimierten gesamtkantonalen Strategie zu begegnen. Darüber hinaus sind die Sozialhilfeleistungen so auszugestalten, dass betroffene Personen eine menschenwürdige Existenzgrundlage erhalten, aber ebenso genügend Anreize und Beistand haben, in ein wirtschaftlich unabhängiges Leben zurück zu finden. Um dieses Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, werden Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Diese Massnahmen sollen letztlich auch dazu führen, die von den Einwohnergemeinden getragenen Sozialhilfekosten in einem tragbaren Umfang zu halten.

Die knappe Finanzlage gebietet, dass die vorhandenen Strukturen effizient organisiert und schlank gehalten sind. Der zulässige Datenaustausch soll mit modernen Mitteln erfolgen und Schnittstellen sollen bereinigt sein. Die Einführung des Sozialgesetzes und der damit verbundene Prozess der Regionalisierung und Professionalisierung hat sowohl auf Seiten der Einwohnergemeinden wie auch des Kantons zu strukturellen Veränderungen geführt. Zudem müssen sich die Behörden auf neue Problemlagen, ein komplexeres rechtliches Umfeld und veränderte Bedürfnisse in der Bevölkerung einstellen. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, ist die Organisationsentwicklung sowohl in den Sozialregionen wie auch bei den kantonalen Partnerbehörden voranzutreiben. Gleichzeitig sind die Informatikmittel, die Arbeitsgrundlagen sowie der Ausbildungsstand des Personals kontinuierlich zu verbessern. So kann nicht nur eine Strukturbereinigung erfolgen, sondern auch möglicher Missbrauch minimiert werden.

Die Ausgaben des Kantons für die Soziale Sicherheit sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Dieser Trend ist zukünftig mit gezielten und fairen Massnahmen zu brechen oder zumindest zu dämpfen. Zur Entlastung der Ergänzungsleistungen ist die Pflegeheimplanung konsequent umzusetzen und dem Grundsatz ambulant vor stationär nachzuleben. Eine Vervollständigung der kantonalen Sozialplanung durch Erarbeiten einer Planung im Bereich der stationären Angebote für Menschen mit einer Behinderung ebenso wie eine Überprüfung, ob Heime und Werkstätten wirtschaftlich geführt werden, unterstützen diese Zielsetzung. Gleichzeitig ist durch ein Plafonieren der Taxen für stationäre Angebote in allen Bereichen dem Kostenwachstum entgegenzuwirken. Vor demselben Hintergrund muss auch eine Anpassung der Pflegefinanzierung an das Niveau von vergleichbaren Kantonen erfolgen. Klare Verantwortlichkeiten und Lastenverteilung tragen zum sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln bei. Entsprechend ist eine weitere Entflechtung der Aufgaben insbesondere im Zusammenhang mit dem Verteilschlüssel zu den Ergänzungsleistungen koordiniert mit den anstehenden Anpassungen zum Neuen Finanzausgleich vorzunehmen.

3. Öffentliche Sicherheit

Kantonspolizei

Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist das oberste Ziel. Mit einem Leistungspaket an präventiven und repressiven Massnahmen im Rahmen eines ganzjährigen 24-Stunden Betriebes soll diese objektive und subjektive Sicherheit erreicht werden.

Die auf den 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Ergänzungen des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) und weiterer Erlasse (EG StGB) wirken mit ihrer präventiven Zielsetzung unterstützend bei der zunehmend wichtigen polizeilichen Hauptaufgabe der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung.

Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik kann den Fokus nicht mehr alleine auf die objektive Sicherheit richten. Es ist auch Aufgabe des Staates, Massnahmen zu ergreifen, welche die subjektive Sicherheit stärken. Rasche Interventionen - mit Hilfe eines optimalen Patrouillendispositivs unter Einbezug der Stadtpolizeien - und sichtbare Präsenz an Brennpunkten verhelfen zu einem guten Sicherheitsgefühl.

Das kantonale Bedrohungsmanagement (KBM) unterstützt die Bemühungen, Gefahren zeitig zu erkennen und durch die Einleitung von Massnahmen Betroffene, Verwaltungsangestellte oder generell die Bevölkerung vor zielgerichteten Gewalttaten und somit ihre psychische Gesundheit zu schützen. Die aktuelle Sicherheitslage erfordert verstärkt eine laufende Lagebeurteilung, das Planen und Ergreifen von allfälligen Massnahmen sowie eine enge Zusammenarbeit untereinander, zwischen den Kantonen und den verantwortlichen Stellen des Bundes, um nötigenfalls aus dem Stand reagieren zu

können.

Mit der konsequenten Bekämpfung von Kriminalitätsphänomenen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen (z.B. Einbruchdiebstahl, Jugendkriminalität, Gewaltdelikte) wird sowohl die objektive Sicherheit gewährleistet wie auch ein Beitrag zur subjektiven Sicherheit geleistet. Damit kein Sicherheitsdefizit entsteht, ist gleichzeitig ein Augenmerk auf neue Formen der Kriminalität zu richten. Die Internetkriminalität oder Fälle wie Menschen- und Drogenhandel weisen fast ausschliesslich einen internationalen Bezug auf, erfordern häufig technische Massnahmen und sind generell ermittlungsintensiv. Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen in qualitativer (rechtlich-administrativer Aufwand) und quantitativer (Anzahl Fälle) Hinsicht stetig zu.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr liegt der Schwerpunkt der polizeilichen Massnahmen bei der Beeinflussung des gefährlichen (strafbaren) Fahrverhaltens. Zielgerichtete aber auch flexible und unvorhersehbare Verkehrskontrollen sollen einerseits verhindern, dass sich Personen in fahruntüchtigem Zustand im Strassenverkehr befinden und andererseits die Verkehrsüberwachung für die Verkehrsteilnehmenden nicht kalkulierbar machen und dadurch ein regelkonformes Verhalten auf allen Verkehrsträgern fördern.

Die Planung für einen zukünftigen Betrieb eines Schwerverkehrszentrums ergänzt die Bemühungen, die Sicherheit im Strassenverkehr zu stärken. Mit einem Betrieb des Schwerverkehrszentrums an zentraler Lage können die Risiken des zunehmenden (internationalen) Schwerverkehrs aufgrund von Stichprobekontrollen von Fahrern, Fahrzeugen und Ladungen reduziert werden.

Damit der Alarmempfang für die Notrufe 112, 117, 118, 144 und den ärztlichen Notfalldienst 0848 112 für die Bevölkerung aus dem ganzen Kanton gewährleistet ist und die notwendigen Einsatzkräfte aufgeboten werden können, betreibt die Polizei Kanton Solothurn seit 1999 eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale. Aufgrund der 16-jährigen Betriebszeit ist die Ersatzteil- und Servicegarantie nicht mehr gewährleistet (end-of-life). Deshalb sind die technischen Systeme in der Alarmzentrale grösstenteils zu ersetzen. Dies erfolgt mittels einer technik- und organisationsbedingten Erneuerung der Alarmzentrale, um die Betriebssicherheit weiterhin zu gewährleisten. Das Projekt, gleichzeitig eine Redundanz mit der neuen interdisziplinäre Alarmzentrale im Kanton Aargau herzustellen, wurde aus Kostengründen vorerst zurückgestellt. Der Verpflichtungskredit für die Ersatz- und Erweiterungsbeschaffung zwecks Modernisierung der bestehenden Alarmzentrale liegt in der Entscheidungskompetenz des Kantonsrats und eine allfällige Inbetriebsetzung ist für 2016/2017 geplant.

Mit dem Beschluss des Gemeinderates der Stadt Olten, die Stadtpolizei per 31. Dezember 2015 aufzulösen, ist in Olten neu ab 2016 einzig die Polizei Kanton Solothurn verantwortlich für die Aufgabenerfüllung nach KapoG. Mit einer auf die städtischen Sicherheitsbedürfnisse angepassten Organisationsstruktur nimmt der Kanton die allgemeinen Polizeiaufgaben in der Stadt wahr und löst die spezifischen Herausforderungen zusammen mit den städtischen Behörden. Für die Übernahme der durch den Kanton wahrzunehmenden Aufgaben (mit den gleichen Sicherheitsstandards) werden entsprechend 25 zusätzliche Mitarbeitende benötigt. Dieser zusätzliche Bedarf wird grösstenteils durch Mitarbeitende der Stadtpolizei Olten gedeckt, womit der Erfahrungs- und Wissenstransfer gewährleistet ist. Mit einem starken Fokus auf die objektive Sicherheit (Zahlen), dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und der Zufriedenheit der Mitarbeitenden in der Polizei Region Ost wird diese erstmalige Änderung einer städtischen Sicherheitsstruktur im Kanton ein neuer Schwerpunkt für die Polizei Kanton Solothurn.

Justizvollzug

Die vollumfängliche Inbetriebnahme der JVA Solothurn (96 Insassenplätze) ist planmässig per Januar 2015 erfolgt. In den ersten Betriebsjahren muss die Auslastung zuerst erreicht und dann nachhaltig bewirtschaftet werden. Die erstellten Konzepte müssen sich in der Praxis bewähren oder entsprechend angepasst werden.

Die Auslastung der Untersuchungsgefängnisse bewegt sich in einer kritischen Höhe. Insassen im vorzeitigen Strafvollzug können vermehrt in die JVA übertreten, hingegen ist davon auszugehen, dass namentlich die Zahl der Insassen mit kurzen Freiheitsstrafen weiter steigt. Generell bleibt die Zahl

der betreuungsintensiven Insassen und Klienten in allen Bereichen des Justizvollzuges anhaltend hoch. Die nationalen Entwicklungen betreffend Betreuung, Öffnung und Entlassungen aus dem Vollzug sind weiter eng zu verfolgen und umzusetzen.

Ausweisschriften

Im Laufe des Jahres 2014 wurde das elektronische Beantragen der nichtbiometrischen Identitätskarte bei den Gemeinden umgesetzt. Beim Bundesamt für Polizei (Fedpol) sind biometrische Identitätskarten (ID) mit verschiedenen Zwecken in Vorbereitung. Die Einführung ist in den Jahren 2018/2019 geplant. Im gleichen Zeitraum ist eine Erneuerung des Schweizer Passes angekündigt.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

5336	Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.2.3
Der Behandlungstrakt und das Bettenhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2013	Soll-Termin	31. Dez 2022	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5531	Baubeginn Behandlungstrakt und Bettenhaus ist erfolgt	31. Dez 2015		Spatenstich: 29. April 2015.		
5397	Definitive Einführung Familien-Ergänzungsleistungen					
Familien-Ergänzungsleistungen sind definitiv einzuführen; Ist Teil des LP 2013-17 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern'. VWD und FD sind in der Projektgruppe vertreten.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	1. Jan 2017	
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5679	Auftrag "Weiterführen Evaluation" an FHNW	1. Jan 2015	2. Mrz 2015	Auftrag ist erteilt.		
5680	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	30. Jun 2016				
5337	Zeitpunkt/Modalitäten der Immobilienübertragung auf soH festlegen (LP 13 - 17)				Ziel LP	B.3.2.4
In den kommenden Jahren ist die Entwicklung zu beobachten und bis Ende Legislaturperiode 2013 - 2017 sind im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons Solothurn für die soH der Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums festzulegen.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5684	Start Arbeitsgruppe	31. Mrz 2015	7. Jan 2015	Arbeitsgruppe hat Arbeit aufgenommen		
5517	Zeitpunkt und Modalitäten im Rahmen der soH-Eignerstrategie sind festgelegt.	31. Jul 2017				

5383 Familien-Ergänzungsleistungen

Grundlagen für Anpassungen und Verlängerung der Sozialleistung schaffen; B+E erarbeiten.
Ist Teil des LP 2013-17 "Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern".

Status **Erledigt** Start-Datum **16. Mai 2011** Soll-Termin **31. Mai 2014** Ist-Termin **17. Mrz 2014**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5270	Arbeitsgrundlage Evaluation liegt vor	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	FH NWS hat Grundlage geliefert.
5397	B+E zuhänden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2014	17. Mrz 2014	RRB Nr. 2014/551 vom 17. März 2014

5335 Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen (LP 2013 - 2017)

Ziel LP B.3.2.1

Im Vordergrund steht das zweite 4-jährige kantonale Aktionsprogramm Gesundes Körpergewicht, das hälftig von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz finanziert wird.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2013** Soll-Termin **31. Jul 2017**
Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5516	Kantonales Aktionsprogramm Gesundes Körpergewicht 2017-2020 ist implementiert	31. Dez 2016		

5181 Spitalversorgung NWCH (Kt. AG, BL, BS, SO) evaluieren (LP 2013 - 2017)

Ziel LP B3.2.2

Ambulante und stationäre Patientenströme der Jahre 2011-2013 analysiert und dokumentiert.
Überangebot und Versorgungsengpässe in den Versorgungsregionen dargestellt.
Verschiebung von stationärer zu ambulanter Behandlung analysiert.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Feb 2012** Soll-Termin **31. Dez 2015**
Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5143	Auftrag an externe Beratungsfirma erteilt	30. Jun 2013	10. Jun 2013	9 Bewerbungen für Präqualifikation eingegangen, fünf Bewerber zur Offertstellung eingeladen, Auftrag an Firma social design AG, Bern vergeben
5188	Monitoringkonzept erarbeitet	31. Dez 2013	31. Okt 2013	Detaillkonzept erarbeitet.
5190	1. Monitoringbericht ausgewertet	31. Mrz 2015	31. Mrz 2015	Überarbeitung Spitalliste Rehabilitation per 1. Januar 2016 geplant.
5191	2. Monitoringbericht ausgewertet	31. Mrz 2016		

5204 Krebsregister

Einrichten Krebsregister

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Nov 2012** Soll-Termin **31. Dez 2014**
Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5431	B + E Verpflichtungskredit zuhänden Kantonsrat ist beschlossen	30. Sep 2013		Kredit von KR im VA 2014 gestrichen. Sistierung bis Bundesgesetz.

5205 Mammografie-Screening

Einführen Mammografie-Screening

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Nov 2012** Soll-Termin **31. Dez 2015**
Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5223	B + E Verpflichtungskredit zuhänden Kantonsrat ist beschlossen	30. Jun 2014		Sistiert bis Krebsregister geschaffen ist.
5291	Mammographie-Screening in Betrieb	30. Jun 2015		

5361 EL Freibetrag plafonieren

EL Freibetrag für persönliche Auslagen für Heimbewohner an Vergleichskantone annähern.

Status **In Arbeit** Start-Datum **26. Feb 2014** Soll-Termin **31. Mrz 2015**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5609	Verordnungsänderung durch RR beschlossen	31. Mrz 2015		Beschluss nach den Frühlingsferien.

5330	Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren (LP 13 - 17)					Ziel LP	B 3.1.2
Massnahmen zur Integrationsförderung gemäss Integrationsprogramm sind umgesetzt. Ausgestaltung 'Förderbereichs Erstinformation' ist in Zusammenarbeit mit Gemeinden systematisch erarbeitet + laufend umgesetzt. Praxis zum Abschluss von IVB's ist angepasst.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2017		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	MP 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5522	Programmvereinbarung mit Bund abgeschlossen	31. Okt 2013	31. Dez 2013	Erledigt.			
5488	LV Vermittlungsdienst interkulturelles Dolmetschen abgeschlossen	30. Sep 2015					
5487	Umsetzungskonzept Kommunikation und Beratung erstellt	31. Dez 2015					
5486	Konzept Erstinformation (inkl. IVB) und Umsetzungsplan erarbeitet	31. Mrz 2016					
5228	Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B.3.1.1
Förderung und Aufwertung der familienergänzende Kinderbetreuung (Auftrag Anna Rüefli, A117/2012 vom 26.6.2013).							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2013	Soll-Termin	30. Jun 2016		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5381	Grundlagenbericht familienergänzende Kinderbetreuung von EcoPlan liegt vor	31. Mrz 2015		Auftrag an EcoPlan ist erfolgt. Verzögerung wegen Zusatzauftrag zur Studie.			
5493	Kantonale Richtlinien für die Betreuung und Platzierung von Kindern sind überarbeitet	30. Jun 2015					
5519	Steigerung der Platzzahl 2016 im Vergleich zu 2012 um 10%	31. Jul 2017					
5347	Langzeit-Pflegebedarf bewältigen (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B.3.1.3.
Umsetzung Pflegeheimplanung 2020 (SGB 125/2013 vom 6. November 2013)							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5570	Vergaberichtlinien DdI beschlossen	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Erledigt.			
5571	Zahl der zusätzlichen Pflegeheimplätze < 150	31. Dez 2016					
5250	Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B.3.1.4
Strategie und Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut. Die Ergebnisse des Teilprojektes 5249 sind aufzunehmen. Zudem besteht eine Verknüpfung mit dem Projekt 3583 (Familien-EL).							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2014	Soll-Termin	30. Jun 2016		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5455	Vorstudie liegt vor	30. Jun 2015					
5458	Optimierte Strategie gegen Armut und Armutsbekämpfung liegt vor	30. Mrz 2016					
5249	Sozialkosten dämpfen (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B.3.1.5
Konzept und Massnahmenplan zur bedarfsgerechten Sicherstellung der Sozialhilfe. Die Ergebnisse des Projektes 1418 fliessen in dieses Projekt mit ein.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5453	Massnahmenplan erstellt	31. Dez 2014	4. Feb 2014	RRB Nr. 2014/233 vom 4.2.14			
5681	Anpassung Stellenschlüssel für Fachmitarbeitende und Administrativpersonal der Sozialregionen	30. Sep 2014	25. Aug 2014	RRB Nr. 2014/1469 vom 25. August 2014			
5683	B+E Anpassung Sozialgesetz: Verbesserung der Instrumente Missbrauchsbekämpfung	31. Dez 2015					
5521	Kosten pro Sozialhilfefall liegen auch 2016 unter dem schweizerischen Durchschnitt	31. Dez 2016					

5217	Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen (LP 2013 - 2017)	Ziel LP	B.3.1.6
Versorgungssicherheit im Bereich Menschen mit Behinderungen bedarfsgerecht gewährleisten. Planung stationäre und ambulante Angebote.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013
Soll-Termin	31. Dez 2015		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
5322	Projektplanung erstellt	30. Jun 2013	31. Mrz 2013
		Vorgehensplan erstellt, mit FAKO Behinderung abgesprochen	
5377	Teilplan Heime und Werkstätten (B+E) zuhanden KR beschlossen	30. Jun 2015	

1425 **Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten**

Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten in Zusammenarbeit mit den Kantonen NWCH überprüfen.

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2009

Soll-Termin

31. Dez 2015

Amt

Amt für Soziale Sicherheit

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
928	Vorstudie PwC liegt vor	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012	Pilot mit Pflegeheimen 2011; Behindertenheimen 2012, Vorstudie PWC ist erstellt.
5278	Konzept liegt vor	30. Jun 2015		

1427	"Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen				
"Schwelleneffekte" beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung.					
Status	Sistiert	Start-Datum	4. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2014
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
563	Abschluss Vertrag Experte	30. Nov 2012	30. Nov 2012	Vertrag wurde mit der Firma "Interface" abgeschlossen	
5264	Bericht liegt vor	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Erledigt	

1418	Konzept Missbrauch Sozialhilfeleistungen						
	Konzept Missbrauch von Sozialleistungen erarbeiten.						
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2012	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	24. Feb 2015
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5277	Vertrag mit Experte abgeschlossen	30. Nov 2012	30. Nov 2012	Vertrag mit Peter Mösch (Hochschule Luzern - Soziale Arbeit) abgeschlossen			
465	Konzept liegt vor	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt			
5635	Konzept durch RR beschlossen	31. Dez 2014	24. Feb 2015	Erledigt. RRB Nr. 2015/290 vom 24.2.2015.			

4180	Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren	Ziel LP	C.3.1.2
Grundlage für eine Programmvereinbarung mit dem Bund schaffen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung.			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jun 2011
Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1040	Externer Auftrag vergeben	31. Dez 2011	31. Dez 2011
		Auftrag an Firma "Schiess" vergeben	
5273	Programmwurf liegt zur Vorprüfung an Bund vor	31. Dez 2012	31. Dez 2012
		RR nahm im Dezember 2012 vom Entwurf Kenntnis (RRB Nr. 2012/2459 vom 11.12.2012).	
5274	Programm von RR verabschiedet	30. Apr 2013	24. Jun 2013
		Der Bund liess sich erst anfangs März 2013 vernehmen. Das Programm wurde verabschiedet (RRB 2013/1225 vom 24.6.2013).	
5275	Programmvereinbarung mit Bund abgeschlossen	31. Okt 2013	31. Dez 2013
		Erledigt	

1409	Pflegeheimplanung 2020					Ziel LP	B.3.1.3	
	Heimplanung 2012 erneuern							
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jun 2012	Soll-Termin	30. Jun 2014	Ist-Termin	6. Nov 2013
	Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1051	Vernehmlassungsentwurf		30. Apr 2013	26. Mrz 2013	Regierungsrat eröffnete das Vernehmlassungsverfahren mit Frist bis 24. Mai 2013			
5266	B+E von RR verabschiedet		31. Aug 2013	2. Jul 2013	RRB 2013/1356 vom 2.7.2013			
5494	KR-Entscheid liegt vor		31. Mrz 2014	6. Nov 2013	SGB 125/2013 vom 6.11.2013			
3804	JVA 2014 Neubau							
	Neubau Justizvollzugsanstalt 2014							
	Status	Erledigt	Start-Datum	23. Mai 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014	Ist-Termin	31. Dez 2014
	Amt	Amt für Justizvollzug						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1237	Sicherheit während der Bauphase		31. Jan 2012	31. Jan 2012	Das Sicherheitskonzept wurde erstellt und angewendet. Erste Erfahrungen sind positiv.			
1228	Übergangsplanung der JVA		30. Jun 2012	30. Jun 2012	Block 1: Die Insassen vom Schache werden zunächst ab 1. Mai 2014 auf das neue Gebäude verteilt. Am 1. Juli wird alles vom Schache in das neue Gebäude verschoben. Der Betrieb der Strafanstalt Schöngrün soll bis Ende November 2014 wie gehabt weiterlaufen.			
1229	Stellenbeschriebe / Stellenbesetzungsplan		30. Jun 2013	31. Mrz 2013	Die Stellenbeschriebe und die Stellenbesetzungsplanung sind abgeschlossen und gehen nun in die Umsetzungsphase.			
1243	Zusammenführung TZ im Schache und STA Schöngrün		31. Dez 2014	31. Dez 2014	Publikumstag und Schlüsselübergabe im Mai 2014 erfolgreich durchgeführt. Neubau per 01.07.2014 mit Insassen bezogen und in Betrieb genommen. Umzug Schöngrün im November/Dezember 2014 erfolgt.			
1740	Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B3.3.5	
	Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) vom Regierungsrat genehmigt							
	Status	Erledigt	Start-Datum	24. Feb 2011	Soll-Termin	31. Jul 2017	Ist-Termin	1. Jul 2014
	Amt	Amt für Justizvollzug						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5148	Zwischenentscheid RR erfolgt		30. Sep 2012	3. Dez 2012	RRB Nr. 2012/2382 vom 03.12.12			
5192	Strategie von RR beschlossen		30. Jun 2013	30. Jun 2013	Bericht termingerecht dem Departement abgegeben.			
5479	Standortentscheid von RR beschlossen		30. Jun 2014	1. Jul 2014	Erledigt mit RRB Nr. 2014/1242 vom 01. Juli 2014.			
5338	Prävention optimieren (LP 2013 - 2017)					Ziel LP	B 3.3.1	
	Der Präventionsgedanke soll insbesondere dort umgesetzt werden, wo ein wesentlicher Beitrag zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sowie von Sachwerten geleistet werden kann (Prävention ist gesetzliche Kernaufgabe der Polizei).							
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017		
	Amt	Polizei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5502	KBM (Kant. Bedrohungsmanagement) mit den entsprechenden Gesetzesbestimmungen ist umgesetzt; Amtsstellen sind vernetzt.		31. Mrz 2015	31. Mrz 2015	Erledigt. Datenbank ist in Betrieb. Erste Daten sind eingepflegt.			
5720	Verordnung angepasst		30. Jun 2015		Vernehmlassung der PolDaVO bei der Stawa erfolgt.			

5342	Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B 3.3.4
Die Polizei betreibt im Auftrag des Bundes ein Schwerverkehrszentrum. Mit dem SVKZ wird gewährleistet, dass die Emissionswerte der Luftreinhalteverordnung eingehalten und die Risiken des Schwerverkehrs minimiert werden können (Stichprobekontrollen).						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5506	Variantenentscheid ist gefällt	30. Jun 2014	30. Jun 2014			
5513	Vorlage (B+E) zuhanden Kantonsrat ist beschlossen.	31. Mrz 2015		Rückmeldung des ASTRA an das BJD: Auf Grund der hohen Investitionskosten sind beim ASTRA weitere Abklärungen am Laufen.		
5339	Sicherheit im Strassenverkehr verbessern (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.2
Die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgt risiko- und unfallursachenorientiert und unter Verwendung moderner Technik. Die Anteile Unfälle mit Ursache FiaZ / Geschwindigkeit liegen im Durchschnitt der Jahre 2013-16 tiefer als im Durchschnitt der Jahre 2009-12.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5510	Indikator Anteil Unfälle FiaZ liegt vor (<7.8)	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt		
5511	Indikator Anteil Unfälle Geschwindigkeit liegt vor (<12.4)	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt		
5503	Neues Radarkonzept ist unter Einbezug der neuen semistationären Anlagen erarbeitet	30. Sep 2014	28. Aug 2014	Erledigt		
5678	Evaluation Indikatoren	31. Mrz 2017				
5340	Subjektive und objektive Sicherheit stärken (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.3
Die Polizei orientiert sich in ihrer Organisation und ihrem Handeln an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft, um unter Berücksichtigung der vorhandenen knappen Ressourcen eine hohe subjektive und objektive Sicherheit zu gewährleisten.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2015	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5504	Neues Schichtkonzept ist unter Berücksichtigung der veränderten gesellschaftlichen Entwicklung erarbeitet	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Teilweise umgesetzt (Reduktion Pikett, dafür Verdichtung LS-Patrouillen Region Thal-Gäu)		
5505	Schnittstellen zu den Stadtpolizeikörpern sind bereinigt und die Organisationsstruktur bei der Krim-Abt. ist angepasst	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Organisationsstruktur bei der Krim-Abt angepasst.		
5499	Optimierungsmassnahmen aus Evaluationsbericht 2013 STAPO/KAPO sind umgesetzt	31. Dez 2014	31. Dez 2014	Olten und Grenchen umgesetzt. Solothurn nur teilweise.		
5512	Konzept mit geklärten Schnittstellen und gezielt auf die Organisation abgestimmten Zuständigkeiten liegt vor.	31. Dez 2015				
5091	Erneuerung Alarmzentrale / Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO)					
Erneuerung der Alarmzentrale (AZ) und Schaffen einer gegenseitigen Redundanz bei Überlast und Notfällen in den AZ der Kt. AG und SO.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	19. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1219	Kick-off	19. Sep 2011	19. Sep 2011	Projektanstoß erfolgt.		
5140	Genehmigung Vorstudie	31. Mai 2012	29. Jun 2012	Vorstudie V0.91 mit Kostenschätzung liegt vor; Finanzbedarf Kanton Solothurn ca. 4 Mio. Erste interkantonale Projektausschuss-Sitzung am 02.05.2012 erfolgt.		
5201	Hauptstudie liegt vor	30. Jun 2013	13. Aug 2013	Hauptstudie erarbeitet		
5515	Umsetzungsentscheid durch Regierungsrat	30. Sep 2013	13. Aug 2013	Auftrag zur Erarbeitung von B+E zuhanden Kantonsrat erteilt (RRB Nr. 2013/1472 vom 13.8.2013).		
5500	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2015	31. Mrz 2015	Entwurf B + E liegt vor.		
5786	Erneuerte Alarmzentrale in Betrieb	31. Dez 2016				

1215 Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps

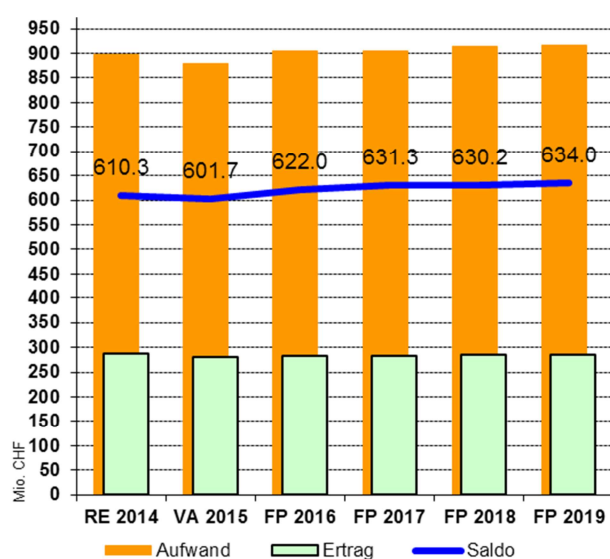
Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten

Status **Erledigt**Start-Datum **20. Jun 2011**Soll-Termin **31. Jul 2014**Ist-Termin **30. Sep 2013**Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
552	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge - sofern Handlungsbedarf erteilt	31. Jul 2009	30. Nov 2009	Zusammenarbeit ab 2010 vereinbart
1230	Evaluation Zusammenarbeit der Stadtpolizeikorps mit der Kapo	31. Dez 2012	30. Apr 2013	Erledigt. Ergebnisbericht der Evaluation durch FHNW.
569	Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)	31. Dez 2013	30. Sep 2013	Erledigt. Evaluation 2012 des neuen Zusammenarbeitsmodells.

Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	187.4	183.5	182.8	180.2	178.4	179.9
Ertrag	-27.8	-25.9	-27.5	-27.5	-27.6	-27.6
Globalbudgetsaldo	159.6	157.7	155.3	152.7	150.8	152.2
Verrechnungen	22.5	20.7	21.7	21.7	21.7	21.7
Saldo	174.2	169.8	168.4	165.8	163.9	165.4
Finanzgrössen						
Aufwand	710.2	696.5	721.1	732.7	734.3	737.4
Ertrag	-260.1	-253.5	-256.4	-256.1	-256.8	-257.6
Verrechnungen	-21.9	-19.7	-19.7	-19.7	-19.7	-19.7
Saldo	436.1	431.9	453.6	465.5	466.3	468.7
Saldo total	610.3	601.7	622.0	631.3	630.2	634.0

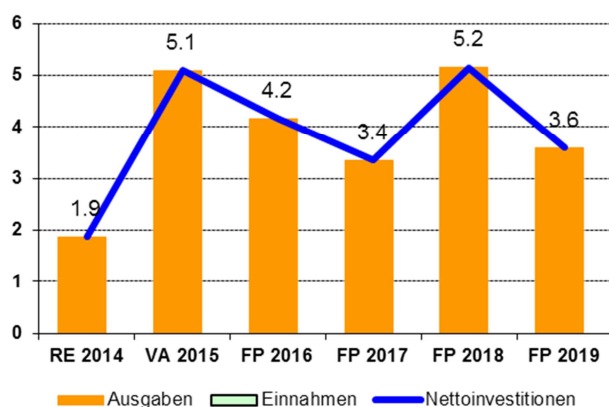


Der FP 2016 weist gegenüber der Rechnung 2014 eine Aufwandsteigerung von 11,7 Mio. Fr. aus. Hauptgründe sind die öffentliche Sicherheit +9,0 Mio. Fr. (Polizei, Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug, Migration) sowie die Gesundheit +2,0 Mio. Fr.

Hauptsächliche Gründe der Aufwandsteigerung von 20,2 Mio. Fr. des FP 2016 gegenüber dem VA 2015 sind die soziale Sicherheit +10,8 Mio. Fr. (Wegfall der Kürzung der Prämienverbilligung aufgrund der Volksabstimmung vom 8. März 2015, EL AHV/IV), die öffentliche Sicherheit +5,6 Mio. Fr. (Polizei, Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug) sowie die Gesundheit +5,1 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG).

Die weitere Kostensteigerung im FP 2017 basiert auf Aufwandsteigerungen in der Gesundheit +7,2 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG) sowie in der sozialen Sicherheit +1,9 Mio. Fr. (Pflege und Betreuung, EL AHV, IV).

Investitionsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total						
Ausgaben	1.9	5.1	4.2	3.4	5.2	3.6
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.9	5.1	4.2	3.4	5.2	3.6



Die Nettoinvestitionen im DdI betreffen nur die Kantonspolizei. Sie steigen im FP 2016 gegenüber der RE 2014 um 2,3 Mio. Fr. hauptsächlich aus folgenden Gründen:

- Technische Infrastruktur +1,5 Mio. Fr.
- Verkehrsüberwachung +0,4 Mio. Fr.
- Funkanlagen +0,3 Mio. Fr.

2018 steigen die Investitionen aufgrund des Projektes INPOS (Journal, Rapportierung) auf 5,2 Mio. Fr.

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Haus- und Landwirtschaftsschule Wallierhof und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle, die Solothurner Gebäudeversicherung, sowie die Stiftungsaufsicht als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

- 1.5.1 Wirtschaftliches Wachstum fördern
- 1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

- 1.7.1 Neuausgestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden nach NFA-Grundsätzen

2.1 Raumentwicklung nachhaltig fördern

- 2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

- 2.2.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energie fördern

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Eine leistungsfähige und innovative Wirtschaft soll jedem Mitglied unserer Gesellschaft die Möglichkeit bieten, seine Existenz mit einer seinen Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit zu sichern. Der Standort Solothurn will seine Innovationskraft u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft stärken. Durch die stete Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesichert und ausgebaut werden.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine konsequente Nutzung einheimischer Ressourcen zur Sicherstellung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung unter gleichzeitiger Reduktion der Abhängigkeit von Importen. Gemäss Kantonsratsbeschluss vom 28. Juni 2011 (KRB A 45 A/2011) soll ab dem Jahre 2015 eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs für die Kirchgemeinden, nach den gleichen Grundsätzen wie beim Finanzausgleich Kanton – Einwohnergemeinden, erarbeitet werden. Das Projekt HRM2 zur Einführung der neuen Rechnungslegung bei den Gemeinden wird im Verlauf der Legislatur umgesetzt. Vorbereitungsarbeiten auf technischer und gesetzgeberischer Ebene sind in verschiedenen Teilprojekten im Gang. Durch die Verrechnung der Vollkosten für die Leistungen der Gemeindeaufsicht soll der Gebührenertrag erhöht werden.

Der IAFP im Bereich Wald, Jagd und Fischerei basiert auf dem Globalbudget 2014 – 2016. Neue Aufgaben mit finanziellen Auswirkungen wurden nicht aufgenommen. Im Rahmen der gestarteten Totalrevision der Jagdgesetzgebung wird u.a. geprüft, inwiefern die Spezialfinanzierung des Jagd- und Fischereifonds weitergeführt werden kann und soll.

Im Rahmen der Umsetzung der Agrarpolitik 2014/17 (AP 2014/17) des Bundes schafft das Amt für Landwirtschaft die Voraussetzungen, die in den Programmen mit finanzieller Beteiligung des Kantons verfügbaren Bundesmittel auszulösen (Vernetzung, Landschaftsqualität). Im Bildungsbereich wird das neu erstellte Ausbildungskonzept zur Erreichung der Berufs- und Meisterprüfung umgesetzt. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen am Wallierhof bleibt aufgrund der AP 2014/17 und der angespannten wirtschaftlichen Situation im Bereich Landwirtschaft hoch.

Für den gesamten Kanton wurde eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Diese gilt es nun zu implementieren und zu festigen. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft des Verbundsystems Bevölkerungsschutz sichergestellt werden.

Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Ein seither mit dem Kanton Aargau ausgehandelter Anschlussvertrag zur Übertragung der Aufgaben der BVG- und Stiftungsaufsicht an die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Aargau (BVSA) wurde von der Finanzkommission (FIKO) zurückgewiesen mit dem Auftrag, sowohl mit dem Kanton Aargau als auch mit der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) Verhandlungen zu führen über den Abschluss eines Staatsvertrages bzw. die Aufnahme in einen solchen zur Führung einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Anstalt, und die Verhandlungsergebnisse der FIKO zu präsentieren. Diese Verhandlungen sind im Gange. Die FIKO soll Anfang Juni über den Stand der Verhandlungen informiert werden. Die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird mit angemessener Zurückhaltung im Raum Nordwestschweiz und Oberrhein gepflegt.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

90

Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz					
Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	1. Jan 2016
Amt	Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
1060	Studie Borner liegt vor	30. Jun 2010	25. Sep 2010		
23	Projektorganisation einsetzen	31. Dez 2009	1. Dez 2009		
641	Expertenentwurf liegt vor	31. Mai 2012	5. Jun 2012		
642	B+E zur Vernehmlassung	31. Aug 2012	28. Sep 2012		
5168	Vernehmlassungsverfahren	31. Dez 2012	5. Nov 2012		
5459	Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis	31. Mai 2013	4. Jun 2013		
643	B+E an KR	30. Sep 2013	22. Apr 2014		
5717	Volksabstimmung		8. Mrz 2015		
5565	Inkraftsetzung	1. Jan 2016			

5182

Teilrevision Energiegesetz: Verbot Elektroheizung					
Teilrevision des Energiegesetzes: Verbot Elektroheizung (Auftrag Fabian Müller)					
Status	In Arbeit	Start-Datum	28. Mrz 2012	Soll-Termin	1. Jul 2015
Amt	AWA, Abteilung Energiefachstelle				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5163	Amtsinterner Entwurf B+E	8. Okt 2012	8. Okt 2012		
5164	Eröffnung Vernehmlassungsverfahren	25. Feb 2013	26. Mrz 2013		
5462	Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis	30. Sep 2013	4. Nov 2013		
5154	B+E zu Händen Kantonsrat	29. Apr 2014	29. Apr 2014		
5156	Behandlung B+E Kantonsrat	30. Jun 2014	21. Jun 2014		
5673	Volksabstimmung	30. Nov 2014	30. Nov 2014		
5572	Inkraftsetzung	1. Jul 2015	1. Jul 2015		

5411 Teilrevision Energiegesetz: Muken 2014

Teilrevision Energiegesetz: Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014). Wichtigstes Ziel ist, dass die Umsetzung der Energiepolitik in den Kantonen möglichst einheitlich erfolgt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2015** Soll-Termin **19. Jan 2018**

Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5745	Ausarbeitung 1. Entwurf	1. Jul 2016		
5746	Mitberichtsverfahren	16. Sep 2016		
5747	Vernehmlassungsverfahren	18. Dez 2016		
5748	Auswertung Vernehmlassung	24. Feb 2017		
5749	Behandlung durch Kantonsrat	2. Mai 2017		
5750	Volksabstimmung	24. Sep 2017		
5751	Inkrafttreten	1. Jan 2018		
5752	Nacharbeiten / Abschluss	19. Jan 2018		

179 Reform Finanz- und Lastenausgleich

Reform der Finanzausgleichssysteme unter den Einwohnergemeinden

Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2010** Soll-Termin **1. Jan 2016**

Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
388	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
53	Konzept erarbeiten	30. Jun 2012	3. Jul 2012	RRB 2012/1513
54	B+E erstellen	31. Mrz 2013	31. Dez 2013	
55	Vernehmlassung und KR-Beratung	31. Dez 2013	30. Nov 2014	
56	Inkraftsetzung	1. Jan 2016		

181 Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden

Neues Rechnungslegungssystem

Status **In Arbeit** Start-Datum **14. Dez 2010** Soll-Termin **31. Dez 2017**

Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
57	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Jan 2011	
674	Phase 1 - Umsetzungskonzept	30. Jun 2012	27. Aug 2012	RRB 2012/1739
675	Phase 2 - Gesetzgebung	31. Dez 2014	31. Okt 2014	
676	Phase 3- Technik / Schulung	31. Dez 2016		
5703	Phase 4 - Gemeindefinanzstatistik (HRM2-Gefin)	31. Dez 2017		
677	Phase 5 - Produktivsetzung	31. Dez 2017		

5350 1.7.1 Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden

Neuer Finanzausgleich der Kirchgemeinden unter Anlehnung der Funktionsweise an die des NFA SO bei den Einwohnergemeinden; Deckelung der Zuweisung aus der Finanzausgleichssteuer auf 10 Mio. Franken indexiert

Status **In Arbeit**

Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5585	Auswertung Vernehmlassung			
5588	Behandlung durch Kantonsrat			
5589	Volksabstimmung			
5586	Erarbeitung Verordnung			
5590	Inkrafttreten			

4 Wildtierkorridore

Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindung der ansonsten getrennten Lebensräume von Wildtieren für bestimmte Zielarten besser gewährleistet sind.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2007** Soll-Termin **31. Dez 2016**

Amt **Amt für Wald, Jagd und Fischerei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1	Schlussbericht Wildtierkorridore	30. Sep 2008	30. Sep 2008	
2	RRB durch ARP	31. Dez 2012	31. Dez 2012	
4	Umsetzung von Massnahmen	31. Dez 2016		

5362 Totalrevision Jagdgesetz

Totalrevision des Jagdgesetzes aus dem Jahre 1988.

Status **In Arbeit** Start-Datum **15. Mrz 2014** Soll-Termin **1. Jan 2017**

Amt **Amt für Wald, Jagd und Fischerei**

Kategorie

**Planung
Gesetzgebung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5612	Mitberichtsverfahren	1. Apr 2015		
5614	Auswertung Vernehmlassung	15. Aug 2015		
5615	Behandlung im RR mit Verabschiedung an KR	15. Sep 2015		
5616	Vorberatung Sachkommission	1. Nov 2015		
5617	Vorberatung Finanzkommission	1. Nov 2015		
5618	Behandlung durch Kantonsrat	31. Jan 2016		
5619	Volksabstimmung	1. Apr 2016		
5620	Inkrafttreten	1. Jan 2017		

159 Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn

Die Führungsfähigkeit der Kantonsregierung ist unter Einbezug des KFS und der RFS jederzeit und in allen Lagen sichergestellt. Der KFS verfügt über eine zeitgemässe und zur normalen Lage redundante Infrastruktur.

Status **In Arbeit** Start-Datum **22. Nov 2011** Soll-Termin **31. Dez 2018**

Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
616	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst	30. Jun 2014	31. Okt 2014	.
617	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO	30. Sep 2014		Kein RRB notwendig.
621	Abindung der RFS in den Führungsverbund	31. Dez 2017		.
623	Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn	31. Dez 2018		.

145 Gefahren- und Risikoanalyse

Im Rahmen der Gefahren- und Risikoanalyse werden die folgenden Punkte mit Bezug auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn ererarbeitet:

- Risikopotentiale in Bezug auf alle bekannten Gefährdungsarten hin aufzeigen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **30. Jun 2014**

Ist-Termin

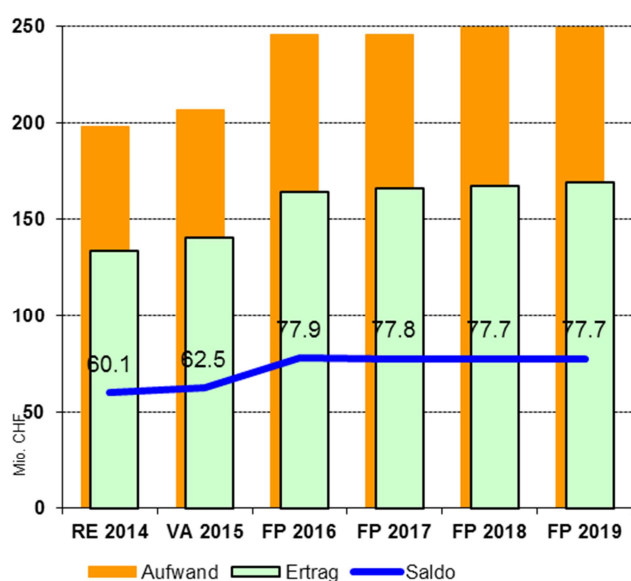
30. Jun 2014

Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
36	Initialisierung Studie	31. Dez 2009	20. Nov 2009	
113	Vernehmlassung Projektauftrag	15. Jan 2010	21. Jan 2010	
630	Genehmigung Projektauftrag	28. Feb 2010	23. Feb 2010	
114	Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC	30. Jun 2010	25. Jun 2010	
586	Interdependenzen	31. Dez 2010	1. Dez 2010	
587	Kosten - erste Beurteilung	31. Dez 2010	6. Dez 2010	
589	Integration Szenarien Risiken Schweiz	30. Sep 2011	21. Dez 2010	
593	GRA - 1. Version bereit für Vernehmlassung	31. Dez 2015	30. Jun 2014	
594	Abschluss Vernehmlassung	30. Jun 2016	30. Jun 2014	
595	Entscheid über weiteres Vorgehen gefällt	31. Dez 2016	30. Jun 2014	

Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

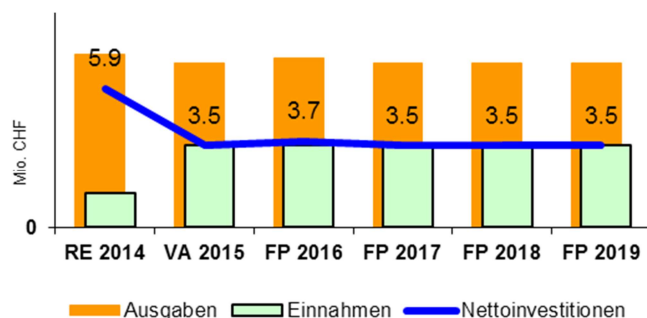
Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	134.5	142.7	141.2	141.2	141.1	141.1
Ertrag	-109.5	-116.4	-115.6	-115.6	-115.6	-115.6
Globalbudgetsaldo	25.0	26.3	25.7	25.6	25.6	25.5
Verrechnungen	7.4	7.7	7.9	7.9	7.9	7.9
Saldo	32.4	34.0	33.5	33.5	33.4	33.4
Finanzgrössen						
Aufwand	63.9	64.2	104.7	106.5	108.4	110.0
Ertrag	-24.3	-24.0	-48.5	-50.1	-51.7	-53.4
Verrechnungen	-11.9	-11.7	-11.9	-12.1	-12.4	-12.4
Saldo	27.7	28.5	44.4	44.3	44.3	44.3
Saldo total	60.1	62.5	77.9	77.8	77.7	77.7



Der Globalbudgetsaldo ist aufgrund der Massnahmen aus dem Massnahmenplan 2014 rückläufig.

In den Finanzgrössen erscheint ab 2016 ein um 16 Mio. Fr. höherer Staatsbeitrag an den neuen Finanz- und Lastenausgleich. Diese Mittel entfallen im DBK aufgrund der geplanten Senkung des Beitragsprozentsatzes auf den Schülerpauschalen (heute 43,75% auf 38%).

Investitionsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Total						
Ausgaben	7.4	7.0	7.2	7.0	7.0	7.0
Einnahmen	-1.4	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
Nettoinvestitionen	5.9	3.5	3.7	3.5	3.5	3.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.3	0.3	0.5	0.3	0.3	0.3
SF Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	1.7	2.3	2.3	2.3	2.3	2.3
Amt für Wirtschaft und Arbeit	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Obergericht: übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Kantonales Steuergericht: entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein): üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Haftgericht: überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Kantonale Schätzungskommission: beurteilt als Spezialverwaltungsgericht Forderungen aus Enteignung und Beschwerden betreffend Grundeigentümerbeiträge.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

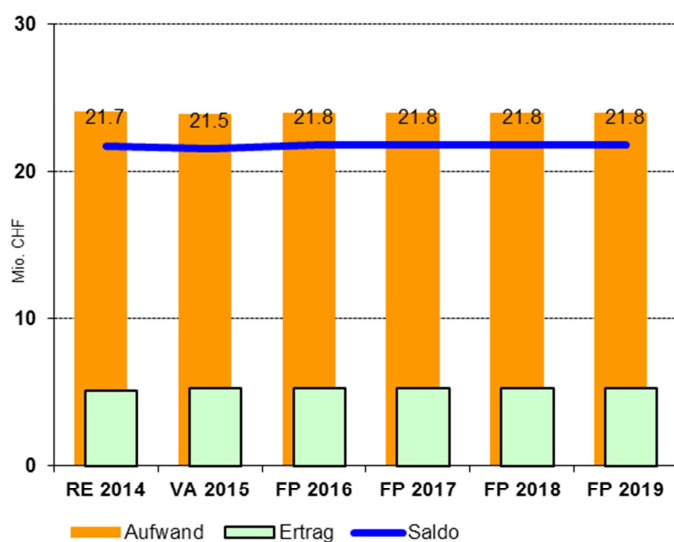
7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2014	VA 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018	FP 2019
Globalbudgets						
Aufwand	19.8	20.1	20.1	20.1	20.1	20.1
Ertrag	-4.9	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	14.9	15.0	15.0	15.0	15.0	15.0
Verrechnungen	2.8	2.9	3.2	3.2	3.2	3.2
Saldo	17.7	17.9	18.2	18.2	18.2	18.2
Finanzgrössen						
Aufwand	4.2	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.0	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	21.7	21.5	21.8	21.8	21.8	21.8



Die Finanzplanung wurde im Globalbudget und der Finanzgrösse mit den bisherigen Planwerten weitergeführt. Eine Differenz zum Voranschlag 2015 liegt in höheren Verrechnungen begründet.

Amt für Finanzen

4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

Amt für Finanzen

Rathaus

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71